

Lübener Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 928.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Telephon Nr. 928.

Das „Lübener Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 1.00. Monatlich 33 Pfg. Postzusatzliste Nr. 4030a. 5. Nachtrag.

Die Anzeigengebühren betragen für die kleinstmögliche Zeile oder deren Raum 15 Pfg., für Werberwerbungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., answärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 190.

Sonntabend den 10. August 1906.

9. Jahrgang.

Strenge eine Zeilzeile

Blamirte Betrüger.

Die Herren des Zentrums haben sicher geglaubt, einen ganz besonders „feinen“ Zug zu machen, als sie seiner Zeit mit dem Vorschlage in die Öffentlichkeit hinaustraten, daß die Mehreinnahmen des Reiches aus dem Zollwucher-Tarif zur Durchführung der Wittwen- und Waisen-Versicherung verwendet werden sollen. Wie stolz waren sie im vorigen Jahre auf dieses neueste Zeugniß ihrer unendlichen Arbeiterfreundlichkeit! Wie viele Reden haben sich über diesen Vorschlag gehalten, wie viele Artikel darüber veröffentlicht!

Allmählich aber ist dieser Lärm ganz verstummt. Die Sozialdemokraten haben den Arbeitern ausgerechnet, daß durch den Zollwucher dem arbeitenden Volke viele Hunderte von Millionen Mark abgenommen werden, daß davon der allergrößte Theil in die Tasche der Großgrundbesitzer und Großindustriellen fließt, daß einen weiteren erheblichen Theil die Staatskasse erhält, und daß schließlich nach dem Zentrumsantrag, falls er wirklich ernst gemeint wäre, nur ein ganz winziger Rest für die Wittwen- und Waisen-Versicherung abfallen würde. Diese Rechnung, die auch in unserem Blatte wiederholt aufgestellt worden, ist so klar und unüberwindlich, daß mit dem Zentrums-Vorschlage kein denkender Arbeiter getäuscht werden konnte. Das sahen mit der Zeit auch die Zentrumsleute selbst ein, und deshalb ließen sie ihren schönen Plan mehr und mehr der Vergessenheit anheimfallen.

Jedoch so einfach sollte die Sache nicht erledigt werden. Am 8. Januar dieses Jahres hatte das Zentrum seinen Plan mit der Wittwen- und Waisen-Versicherung in einem Antrage der Zolltarif-Kommission vorgelegt, und der Antrag mußte jetzt zur Berathung kommen. Diese Verhandlung, mit der Dienstag die Zolltarif-Kommission die erste Lesung des Tarif-Entwurfes zu einem würdigen Abschluß brachte, gestaltete sich zu einer Abrechnung, wie sie wohl noch nie in einem Parlamente die ausschlaggebende Partei über sich hat ergehen lassen müssen. Dabei kann man ganz von den Auseinandersetzungen absehen, die sich auf die ungeschickte Formulierung des Antrages bezogen. Die Bedeutung der Debatte liegt vielmehr darin, daß der ganze Schwindel, auf dem der Zentrums-Antrag beruht, aufgedeckt wurde und zwar nicht nur durch die Redner der Oppositions-Parteien, sondern auch durch die Regierung, durch die nächsten Nachbarn des Zentrums, die konservative Brodwucherer, und durch das Zentrum selbst.

Das Zentrum eröffnete die Verhandlung mit dieser löblichen Selbstzüchtigung. Sein Antrag lautete:

Ueber denjenigen Betrag der Böhle nach dem Lebensmitteln, welcher den Durchschnittsbeitrag der Böhle nach dem bisherigen Tarif gemäß dem Ergebnisse der Jahre 1895 bis 1902 übersteigt, ist durch ein besonderes, spätestens bis zum 1. Januar 1910 zu verabschiedendes Gesetz zur Erleichterung der Durchführung der Wittwen- und Waisen-Versicherung Bestimmungen zu treffen.

Bis zum Inkrafttreten eines solchen Gesetzes sind diese Mehr-Erlöse für Rechnung des Reiches anzunehmen und zur Ausführung der Böhle-Verordnung zu verwenden.

Wem Beginn der Sitzung überraschte das Zentrum die Kommission mit dem Zusatz-Antrag: „Tritt dieses Gesetz bis zum 1. Januar 1910 nicht in Kraft, so sind von da ab die Zinsen der angesammelten Mehreinnahmen, sowie die eingehenden Mehreinnahmen selbst den Invaliden-Versicherungsanstalten nach Maßgabe der von ihnen im vorhergehenden Jahre aufgeführten Versicherungsbeiträge zum Zwecke der Wittwen- und Waisen-Versicherung der bei ihnen Versicherten zu überweisen. Die Unterstützung erfolgt auf Grund eines vom Reichsversicherungsamt zu genehmigenden Statuts.“ In diesem Zusatzantrag gesteht das Zentrum selbst ein, daß es an die Durchführung der Wittwen- und Waisenversorgung bis zum 1. Januar 1910 nicht glaubt. Der Ersatz aber, den das Zentrum jetzt vorschlägt, daß das, was die Gesetzgebung, die verbündeten Regierungen und der Reichstag nicht fertig bringen kann, den einzelnen Invaliden-Versicherungsanstalten unter Aufsicht des Reichsversicherungsamtes überlassen bleiben soll, wurde von keiner Seite in der Kommission ernst genommen. Und das mit Recht. Denn damit, daß der Reichstag eine Aufgabe von sich abschleibt, ist sie noch lange nicht gelöst, zumal in einem so wichtigen Fall, in dem eine Regelung unmöglich durch die Versicherungsanstalten für einzelne Provinzen erfolgen kann, sondern unter allen Umständen einheitlich für das ganze Reich durch die Reichs-Gesetzgebung ausgeführt werden muß.

Nur aber erst die Begründung, mit der das Zentrum seinen Antrag zu rechtfertigen suchte. Sein Redner, Abg. Erimborn, gestand offen ein, daß das Zentrum gehofft habe, durch diesen Antrag die Arbeiter mit dem Brodwucher zu „versöhnen“. Um aber ja nicht etwa seine Partei in den Verdacht zu bringen, daß sie zu viel Geld für den so „arbeiterfreundlichen“ Zweck auszugeben beabsichtige, legte er der Kommission auch gleich auseinander, wie sich das Zentrum die Wittwen- und Waisen-Versorgung denke: es sollten nur die „erwerbsunfähigen“ Wittwen unterstützt werden, und zwar

nach dem einen Plane mit 100 Mt. und die Waisen mit 33 1/2 Mt., nach dem anderen Plane mit 80 Mt. und die Waisen mit 40 Mt. pro — Jahr! Wüthlich würde diese soziale Großthat des Zentrums noch nicht einmal das leisten, was heute bereits durch die Armenunterstützung gewährt wird.

Dies führte zu einer Auseinandersetzung des Zentrums mit dem Grafen von Kanitz, der in seinem Eifer für den Brodwucher „staatsmännische“ Kniffe nicht liebt, sondern offen mit der Sprache herausgeht. So sagte er denn auch dem Zentrum ins Gesicht, daß es mit diesem Antrage schließlich den reicheren städtischen Steuerzahlern einen Vortheil bringt, da den Kommunalverwaltungen ein erheblicher Theil der Armenlasten abgenommen wird und dementsprechend die städtischen Steuern vermindert werden können. Wenn aber, fuhr der Herr Graf fort, das Zentrum mit seinem Antrage auch den reicheren Leuten eine Wohlthat erweisen wolle, dann könne dies auf einem viel einfacheren Wege geschehen; er schlug daher vor, daß mit dem im Zentrums-Antrage vorgesehenen Ueberschüssen aus dem Brodwucher die Invalidenbeiträge der Unternehmer und Arbeiter ermäßigt werden sollen. Nach diesem Vorschlage, der freilich den Brodwuchern zu offenherzig war und abgelehnt wurde, hätten die Großgrundbesitzer und Großindustriellen erstens den großen Profit aus der Vertheuerung ihrer Produkte durch den Wucherzoll gezogen und zweitens für sich mit den Ueberschüssen der Staatskasse aus dem Brodwucher die Invalidenbeiträge bezahlen lassen. Das ist wenigstens an einem klaren Beispiele gezeigt, worauf der Zentrumsantrag hinausläuft. Und diesen Liebesdienst leistete dem Zentrum gerade der Mann, dessen Spuren diese Partei in ihrer Brodwucherpolitik folgt.

Den schlimmsten Streich aber versetzten dem Zentrum die Finanzminister des Reiches und des Bundesstaates Bayern. Sie wiesen zahlenmäßig nach — was freilich schon längst aller Welt, auch dem Zentrum, bekannt war —, daß die Finanzen sowohl des Reiches als auch der Bundesstaaten überaus schlecht stehen, daß sie in den nächsten Jahren vermuthlich noch schlechter werden müssen, und daß es daher einfach ein Ding der Unmöglichkeit ist, den Zentrumsantrag ehrlich zur Ausführung zu bringen. Obgleich die Minister in weiser Vorsicht die in dieser Beziehung wichtigsten Gebiete des Militarismus und des Marinismus gar nicht berührten, waren ihre Ausführungen so durchschlagend, daß die Zentrumsleute eine ernsthafte Antwort darauf gar nicht wagten, sondern die Debatte möglichst bald ab schnitten.

Bei der Abstimmung sah sich das Zentrum denn auch von allen seinen Brodwucher-Freunden schmachlich im Stich gelassen. Für seinen Antrag stimmten nur noch — unsere Genossen. Sie haben durch die Aufklärung der Arbeiter und zuletzt noch durch ihre rückichtslose Kritik des Zentrums-Antrages in der Kommission dafür gesorgt, daß der Zentrums-Schwindel keinen Menschen mehr täuschen kann. Sie lassen aber damit das Zentrum nicht los, sondern suchen den Zentrums-Antrag wenigstens zu dem einen guten Zweck auszunutzen, daß, falls schließlich doch ein höherer Tarif als der bisherige durchgeht, die dadurch erzielten Mehreinnahmen der Reichskasse vor dem nimmerjatten Militarismus und Marinismus geschützt und für Kultur Ausgaben erhalten werden. Da aber leider auch die Liberalen gegen den Zentrumsantrag stimmten, wurde dieser Zweck nicht erreicht.

Jedoch hat die Verhandlung in der Zolltarif-Kommission das erfreuliche Resultat gehabt, daß vor der Öffentlichkeit der Zentrums-Schwindel in der denkbar gründlichsten Weise aufgedeckt worden ist. Das kann für die Aufklärung auch derjenigen Arbeiter, die noch bisher an die Arbeiterfreundlichkeit des Zentrums glaubten, nur von Nutzen sein.

Politische Mundschau.

Deutschland.

Reichstags-Erfahrung in Forchheim-Kulmbach. Die „Frankfurter Zeitung“ verzeichnete Donnerstag Vormittag als bisheriges Ergebnis der Reichstagswahl Forchheim-Kulmbach: Faber (M.) 2781, Böllner (Z.) 2727, Deinhardt (S.D.) 1360, Weilsböck (S. d. L.) 1335, Woelfel (Bayer. Bauernbund) 146 Stimmen.

Der „Lauskanal“. In der Presse war anlässlich der jüngsten Reisen des Landwirtschaftsministers v. Bobbielski nach den östlichen Provinzen angedeutet worden, daß der ehemalige Husarengeneral zugleich die Mission übernommen habe, auf diesen Reisen (die übrigens jetzt beendet sind) die Agrarier der Zolltarifvorlage der Regierung und auch der Kanalvorlage geneigter zu machen. Demgegenüber schreibt nun die konservative „Elbinger Zeitung“:

Ob Herr v. Bobbielski für den Zolltarifentwurf Stimmung gemacht hat, wissen wir nicht; das ist jedoch Thatsache, daß der Kanal mit keinem Wort erwähnt worden ist. Herr v. Bobbielski hat sogar einen wahren Horror (Schauer) vor allem, was mit der wasserwirtschaftlichen Vorlage zusammenhängt, und äußerte jüngst als man fragte, warum er das ihm angetragene Eisenbahnministerium nicht übernommen habe: „Ich werde mir doch nicht mit dem Lauskanal vorrauslaufen lassen.“ Sr. Majestät erklärte er, daß er eine so wichtige Figur abgeben würde, wenn

er als ehemaliger Soldat und späterer Post- und Landwirtschaftsminister nun auch noch die öffentlichen Arbeiten übernehmen würde. Den „Lauskanal“ durchzuführen, ist lediglich Aufgabe des Herrn Bude, den es angeht, die hierzu notwendigen Siphonarbeiten wohl noch manchmal gereuen wird, seine schöne lebenslängliche mit 200 000 Mt. pro Jahr dotirte Stellung bei den böhmischen Gewehrfabrikanten gegen einen lang dotirten preussischen Ministerposten eingetauscht zu haben.

Es muß dem konserverativen Blatte die Verantwortung für die Richtigkeit seiner Mittheilungen überlassen bleiben; die burleske Sprechweise Bobbielski's ist mindestens sehr glücklich nachgeahmt. Allerdings sollte man annehmen, daß Herr v. Bobbielski nicht im Ministerium sitzen würde, wenn er wirklich für den „Lauskanal“ nichts übrig hätte, dessen Durchführung doch angeblich von der Regierung unerrückt im Auge behalten wird. — Weiter erzählt das Elbinger Blatt, daß Herr v. Bobbielski beim Kaiser einen besonderen Stein im Brette habe:

Da Herr v. Bobbielski der einzige verantwortliche Rathgeber des Kaisers ist, der das Ohr des Monarchen hat — die unverantwortliche Nebenregierung sei hier außer Acht gelassen — so wird er hoffentlich Gelegenheit nehmen, die Lage der östlichen Landwirtschaft den thatsächlichen Verhältnissen entsprechend zu schildern und damit mancherlei Voreingenommenheit auf ihr richtiges Maß zurückzuführen können. In seiner bekannten humorvollen Art, die dem Kaiser so sehr gefällt, gelangt es Herrn v. Bobbielski, der Sr. Majestät auch in seiner Behandlung als Gast sieht, weit leichter, seine Ideen an höchster Stelle durchzusetzen, als seinen Ministerkollegen, die oft monatelang nicht zum Vortrag besohlen werden. Die Landwirtschaft sollte sich daher diesen einflussreichen Minister warm halten, auch wenn sie gelegentlich durch ein drittes Wort vor den Kopf gestoßen wird.

Das Organ des Bundes der Landwirthe meint, daß das Elbinger Blatt lediglich wohl deshalb diesen „Klatsch“ zusammengetragen habe, um „dem Landwirtschaftsminister ein Beinchen stellen zu wollen.“ Kann man denn in Berlin so leicht in Ungnade fallen? Im Uebrigen glauben wir auch nicht daran, daß der „Lauskanal“ Bobbielski schließlich schwerer auf die Knieer fallen wird; dazu ist er ein zu guter und deshalb auch unentbehrlicher — Statistiker.

Das Telegramm des Kaisers an den Prinzregenten Leitold findet bedingungslose Zustimmung nur bei einigen „alldeutschen“ Blättern. Kühl, aber bestimmt sagt die „Germania“, welche sich in die Seele der bayerischen Gefinnungsgenossen vom Zentrum versteht:

Wie das Wolffsche Bureau bemerkt, sei ihm die Kenntniß dieses Depeschenwechsels aus München vermittelt worden. An dieser Behauptung darf man wohl keine Zweifel hegen. Doch das ist Nebensache. In seiner bekannten impulsiven Natur hat Kaiser Wilhelm in einem Telegramm an den Prinzregenten von Bayern zu der Ablehnung einer Etatsopposition durch das bayerische Abgeordnetenhaus in solcher Weise Stellung genommen, welche allenfalls das größte Aufsehen hervorrufen wird. Es ist kein Fall in Erinnerung, in welchem seit dem Sturz des Deutschen Reiches ein ähnliches Eingreifen des Trägers der höchsten Gewalt im Reich in die innerpolitischen Verhältnisse eines Bundesstaates stattgefunden hätte. Wie wir unsere Bayern kennen, wird die „schöne Unantbarkeit“, welche der Kaiser der Mehrheit des bayerischen Abgeordnetenhauses „mit tiefer Entrüstung“ vorwirft, im Bayerischen und Solle ein mächtiges Echo wecken. Es kann bei den vielfach in Süddeutschland, besonders in Bayern, gegen Preußen herrschenden Gesinnungen nicht ausbleiben, daß dabei wenig angenehme Worte gegen den Kaiser fallen. Und aus diesem Grunde bedauern wir sowohl mit Rücksicht auf den Träger der Kaisergewalt, als auch im Interesse des Reiches, die scharfe Kritik Wilhelms II. Noch ist das Wort vom „polnischen Uebermut“, das der Kaiser in Marienburg gesprochen, nicht verklungen und auch die Erregung in den polnischen Gemüthern noch fort, und nun kommt dazu der Vorwurf der „schönen Unantbarkeit“ gegen die Mehrheit des bayerischen Abgeordnetenhauses, welche in Ausübung ihrer parlamentarischen Rechte 100 000 Mt. für Aufschwung abgelehnt hat und gewiß nicht beabsichtigte, dadurch den Prinzregenten persönlich zu verletzen.

Die „Frankf. Ztg.“ ist der Meinung, daß die beabsichtigte Wirkung des Telegramms ins Gegentheil umschlagen werde. Das Zentrum werde die erwünschte Gelegenheit benutzen, um die von ihm in Anspruch genommenen partikularen Interessen der bayerischen Bevölkerung für seine politischen Zwecke mit Erfolg aufzustacheln, und das Ministerium Crailsheim werde die Folgen zu tragen haben. Das wird schon zutreffen, und die bayerischen Zeitungen werden das bald bestätigen.

Die politische Cannerie der Wittwenversorgung mit Brodrollen erfährt auch in der „Frankf. Ztg.“ eine scharfe und durchaus zutreffende Beleuchtung. Das demokratische Weltblatt schreibt u. A.:

Wenn man die Nahrungsmittelzölle des Tarifentwurfes durchgeht, nicht nur die für Getreide, sondern auch die für Fleischprodukte, für Gemüse, Obst usw., so erschrickt man über die wahrhaft unerträglich hohen Lasten, die da den Familien angehaufen werden, und es ist wirklich keine Uebertreibung, wenn daraus schlimme Folgen für die ganze Entwicklung unseres Volkes abgeleitet werden. Der Durchschnitt der Ernährung wird und muß ein schlechterer werden, die Lebenshaltung muß sinken und die Konsumkraft wird auch für andere Produkte sinken. Aber dadurch, daß das Zentrum in milden Worten einen Theil des Kais-

bes den Arbeitern wieder zu lassen will, wird das Attentat nicht annehmbarer, wir meinen sogar, durch dieses Streben, durch diese unwillkürliche Verneinung eines b. drängenden Beweises tritt der jüdische Charakter dieses Postkrisis nur noch krasser hervor. Es ist sehr leicht anzunehmen, daß das Zentrum dem Arbeiter, dessen Witwe es versorgen will, markweise nehmen muß, wenn die Hinterbliebenen pfennigweise erhalten sollen, da ja nicht nur die eingeführten, sondern insbesondere die im Lande selbst erzeugten Nahrungsmittel vertheuert werden. Der Zoll wird aber nur von den eingeführten Produkten genommen, während die Preissteigerung für die im Inlande hergestellten ungeschmälert den Produzenten verbleibt, ohne daß davon auch nur die geringste Kleinigkeit für eine Rentenversicherung zurückgehalten werden kann. Für die Aussicht, daß möglicherweise bis 1910 eine in ihren Grundlagen und Bestimmungen noch völlig unbekannteste Rentenversicherung eingeführt wird, müßte der Arbeiter schon jetzt Blut aus allen Poren schweigen. Wir bezweifeln sehr, daß dem Zentrum aus einem solchen Vorhaben der erwartete agitatorische Nutzen fließt, denn schließlich müssen auch dem gebildigten Zentrumarbeiter die Augen aufgehen. Voraussetzungen werden die Kommissionsverhandlungen dazu beitragen, den wahren Charakter dieser brodwüthigen Sozialpolitik nach allen Seiten hin klarzustellen. Und was etwa dabei veräußert wird, kann dann das Plenum nachholen.

Krise in der Kali-Industrie. Aus dem Zentralgebiet der deutschen Kali-Industrie, Staßfurt-Leopoldshall wird der „Arbeitsmarkt-Korrespondenz“ berichtet: Es schien, als sollten der Kalibergbau und die zu ihm gehörenden chemischen Fabriken gänzlich von der Krise verschont bleiben. Bis April d. J. wurde auf den Werken noch voll gearbeitet, Ueberschichten und Sonntagschichten wie zur besten Zeit waren auf den einzelnen Werken noch üblich. Gegen Ende April änderte sich aber das Bild gänzlich. Feiertagschichten wurden eingelegt, umfangreiche Arbeiterentlassungen traten ein. Allein der preussische Fiskus, der größte hiesige Werksbesitzer, hat bis jetzt 350-400 Arbeiter entlassen. Die sehr bedeutenden Solbath-Werke in Verburg nahmen in den vorigen Wochen ebenfalls bedeutende Arbeiterentlassungen vor, was die dortige Arbeiterschaft in große Bestürzung versetzt hat. Eine Arbeiterversammlung hat beschlossen, den Verburger Magistrat um Intervention bei der Werkverwaltung anzugehen, um sie zu bewegen, keine weiteren Entlassungen mehr vorzunehmen. Die Löhne der Kalifabrikarbeiter sind namhaft reduziert worden; auch die Fabrikarbeiter wurden von Lohnherabsetzungen betroffen. Die Reduzierungen bewegen sich zwischen 10 bis 30 Proz., unterschiedlich je nach Grabe, Fabrik und Arbeitsort. Der Zusammenbruch der guten Konjunktur ist für die Arbeiter so überraschend gekommen, wie ein Naturereignis. In keinem Jahre sind so viel Kohlen gewonnen und verarbeitet worden wie 1901. Die Werke forzierten in nie dagewesener Weise den Betrieb. Jetzt sind die Werke vollgestopft „bis unter's Dach“. Fabriken, die noch vor kurzer Zeit in Doppelschichten arbeiteten, laufen jetzt nur noch einfache Schichten abmachen. Hunderte von Berg- und Fabrikarbeitern sind arbeitslos und kopfen vergeblich um Beschäftigung an. Der arg Enttäuschten bemächtigt sich eine große Erregung, die ihre Spitze gegen das Kali-Syndikat richtet. Dieses hätte wissen müssen, wie stark der Verbrauch im Frühjahr sein würde, danach hätte es die Produktion zu regulieren gehabt. Allgemeine Mißstimmung richtet sich gegen die fiskalischen Werke, deren Ueberschüsse bekanntlich sehr hoch sind; gerade diese Werke nehmen die umfangreichsten Arbeiterentlassungen und Lohnherabsetzungen vor. Da die ganze Bevölkerung der hiesigen Gegend von der Kali-Industrie abhängig ist, trifft der plötzliche Rückgang das ganze Erwerbsleben empfindlich. Geschäftslente und Arbeiter sind in der Beruftheilung der Syndikatswirtschaft einig. Die neueröffneten Werke sind einwilligen weniger von der Absatzkrise betroffen, da ihr Antheil an dem Syndikatsabsatz erst neu aufgerechnet wurde, was eine Herabsetzung des Absatztheils der älteren Werke zur Folge haben mußte. Hier liegt wohl die tiefere Ursache der plötzlichen Stodung auf den älteren Werken. Aber es bleibt doch der Einwand richtig, daß die forzierte Produktion von der Syndikatsleitung nicht hätte erlaubt werden dürfen. — Aus diesem Bericht spricht die ganze Brutalität und Unvernunft unseres heutigen Wirtschaftssystems.

Ueber eine recht eigenthümliche Auslegung des Schammwärtenergesetzes in Dsijietkasas wird dem „B. Ztbl.“ aus Stettin geschrieben:

Esamwera, der sich am 1. Juli 1902 an derbhalb einer Schammwärtener ober einer Jodwärtener Länd, unterteilt, bekanntlich der Schammwärtener in Form einer Kachener. Schammwärtener im Besitz von Jodwärtener, die weder Kaufhaus, noch Handel mit Getreide betreiben, die nach § 31 des Schammwärtenergesetzes, ist die Schammwärtener 30 Pfennig beträgt, von der Wärtener befreit. Hier in Stettin sind und 48 000 Mark an Kachener für Schammwärtener entnommen, nach Schammwärtener bei Ermittlung derselben haben sich kaum ergeben, zumal auch Kachener mit der Kachener Kachener, verfahren wurde. Jodwärtener haben zwei hiesige Dsijietkasas ihre Bestände an Schammwärtener für die Kachener nicht herzugeben. Sie haben vielmehr diese Bestände den einzelnen Dsijietkasas als Mitglieder des Kachener bis zu je 30 Pfennig auf ihr Konto geschrieben und dafür Steuerfreiheit beantragt. Obgleich sich der Schammwärtener auch vor in den Beständen des Kachener, also in deren Beständen befindet. Es erweist sich hieraus, daß es solche Bestände dem Sinne des Gesetzes, wieviel der oben wörtlich angeführte Sachverhalt bezeugt, nicht entspricht, und es sind bereits die diesbezüglichen Verhandlungen der höheren Steuerbehörde zur Entscheidung vorgelegt worden. Die beiden Jodwärtener der Wärtener von Dsijietkasas zur Festlegung der Schammwärtener haben sich jedoch nicht verhalten und haben vor der Kachener Kachener bei den einzelnen Dsijietkasas, sogar unter dem Kacheneroffizieren ihrer Agenten untergeordnet, ob diese Bestände bis zu 30 Pfennig Schammwärtener aus dem Beständen des Kachener befreit werden dürfen.

Hoffentlich wird den jüdischen Kachenerverwaltungen, die sich auf diese Weise Steuerfreiheit ihrer Vorräthe sichern wollen, der Steuerordnung gegenüber. Uebigens erinnert uns die Kritik des Berliner Blattes daran, daß wir in den Tagen vor dem 1. Juli beim Passiren der Fleischmarktstraße sehr häufig die Wahrnehmung gemacht haben, wie Soldaten mit Handwagen voller Schuppen, anscheinend vom hiesigen Kachener Kachener, die Kachener entlasten. Es regt sich auch bei uns der Verdacht, daß man vielleicht auch hier, wenn auch in anderer Weise, den Geld ein Schuppen gesammelt hat. Wir waren damals leider nicht in der Lage,

die Sache weiter zu verfolgen. Sollte einer unserer Leser Näheres wissen, so wären wir ihm für jede wahrheitsgemäße Mittheilung äußerst dankbar.

Der Straßenschmuck in Posen. Der „Dziennik Poznański“ schreibt: „Auf der Thiergartenstraße fragte die Polizei einen polnischen Hausbesitzer, ob er anlässlich der Kaisermanöver sein Haus dekorire. Als dem Polizeikommissar eine abschlägige Antwort erteilt wurde, fragte der Polizeibeamte, ob der Hausbesitzer erlaube, daß das Haus auf Kosten der Polizei dekoriert würde. Auch hierauf erteilte der Hausbesitzer eine abschlägige Antwort. Ähnliche Fälle werden aus anderen Straßen gemeldet.“ — Die Wichtigkeit dieser Meldung muß bezweifelt werden. Aus welchen Mitteln sollte die Polizei diese Ausschmückung bestreiten? Hätte aber, was ja immerhin möglich wäre, eine Privatperson die Mittel zur Verfügung gestellt, so wäre es nicht Aufgabe und Sache der Polizei, die Häuser zu schmücken, die von den Besitzern selbst nicht geschmückt werden. — Wie dasselbe polnische Blatt auf Grund von Mittheilungen aus ärztlichen Kreisen noch meldet, ist in der Stadt Posen eine Cholera-Epidemie ausgebrochen. Bis jetzt wurden schon etwa 400 Fälle festgestellt. Es werden von der Krankheit Kinder wie auch erwachsene Personen befallen. Hauptächlich wird die arme Bevölkerung von der Epidemie betroffen. In Folge der seit einigen Wochen eingetretenen hochgradigen Theuerung vermögen sich nämlich die ärmeren Klassen überhaupt nicht mehr ausreichend zu ernähren und müssen vielfach zu gesundheitswidrigen Nahrungsmitteln greifen. Tausende von Menschen nähren sich, wie einem Berliner Blatt mitgetheilt wird, in Posen z. B. nur noch von Kartoffeln und Cichorienbrühe, wozu im günstigen Falle ein Stück Brod kommt. Selbst der Mittelstand muß sich Einschränkungen auferlegen. Sollte es da nicht endlich höchste Zeit werden, daß die Grenzen für die Vieh- und Fleischzufuhr wieder geöffnet werden, am Elend durch die Zufuhr billigerer Nahrungsmittel wenigstens einigermassen zu beseitigen?

Kleine politische Nachrichten. Frau Kugel aus Rimmerst ist, wie unser königlicher Parteiorgan meldet, endlich am Sonnabend aus der russischen Gefangenschaft in Deutschland entlassen. — Dem Kriegsveteranen, die ihren Wohnsitz ins Ausland verlegt haben, war seit 1896 die Veteranenbeihilfe von dem auf den Umzug folgenden Monat an rückgezogen worden. Nach dem Gesetz sollte die Hilfe besonders den im Inlande wohnenden Veteranen zukommen. Nachdem jetzt aber die Mittel zur Veteranenbeihilfe erschöpft worden sind, ist die genannte Einziehung aufgehoben worden. — Ein neuer Hochverrathprozess wird demnächst vor dem Reichsgericht stattfinden. Gegen den Reichsdeputirten Edo Becker aus Wolfenbüttel ist nämlich Anklage wegen Verraths militärischer Geheimnisse erhoben worden. — Zum Schutze der Deutschen auf Haiti ist ein deutsches Kriegsschiff entsandt worden. Die deutsche Regierung hat das auf der Ausreise begriffene Kanonenboot „Panther“ nach Haiti beordert, um die Interessen der Reichsangehörigen zu schützen. — Der Jar ist nicht amtswürdig. In der russischen Gesandtschaft zu Paris demittirt man aufs Entschiedenste das vom „Foreign Leader“ verbreitete Gerücht, wonach der Jar Nikolaus zu Gunsten seines Bruders, des Großfürsten Michael, abzuabdanken beabsichtigt. Diese Information wird als vollständig erlogen bezeichnet. — Ueber den Ueberfall eines amerikanischen Vorpöters auf den Philippinen wird aus Manila gemeldet: Dienstag vor Tagesanbruch überraschten 12 Eingeborene aus Bacotud, die nur mit Lanzen und Säbel bewaffnet waren, die amerikanischen Vorpöter bei Wercs und nahen sie nieder.

Rußland.

Das Attentat auf den Gouverneur von Charkow, den Fürsten Obolensky, verlief doch nicht so anblutig, wie zuerst angenommen wurde. Der Fürst wurde von vier Revolverkugeln getroffen und brach ohnmächtig zusammen. Auch auf den Polizeimeister gab der Attentäter zwei Schüsse ab, ohne ihn jedoch zu treffen. Der junge Mensch trug Zivilkleidung. Er verweigert noch immer die Angabe seines Namens und des Motivs seiner That. Kraken Privatmeldungen besagen noch, daß das Attentat „im Auftrage des revolutionären Centralkomitees ausgeführt“ sei. Dieses hätte den Fürsten zum Tode verurtheilt, weil er aus Anlaß der jüngsten Unruhen über zahlreiche Studenten so unmensliche Prügelstrafen verhängt hatte, daß sie unter den Händen der sie strafenden Kosaken als förmliche Fleischklumpen liegen blieben. Indessen haben sich Krakener Meldungen über russische Vorfälle immer stets als sehr unzuverlässig erwiesen. Bisher liegt noch nicht der geringste Grund vor, das Attentat auf das Konto des Centralkomitees zu schreiben. Es wird sich, wie immer, lediglich um den Kachereff eines Einzelnen für erstlittene grausame Prügelstrafe handeln. Ein Kenner der russischen Verhältnisse schreibt schließlich noch der offiziellen Münchener „Allg. Ztg.“: „Sicher ist, daß die durch die körperlichen Züchtigungen im Volke hervorgerufene Erbitterung dem Terrorismus die Wege ebnet, und die Entrüstung über die blutige terroristische Kampfesweise auch in solchen Kreisen schwinden läßt, die ihr anfangs auf das Entschiedenste widerstrebt.“ Dieses Urtheil eines offiziellen deutschen Blattes über die haarsträubenden russischen Zustände können sich alle deutschen Reaktionen, unter denen sich viele Fremde der Prügelstraße befinden, zur Noth nehmen.

England.

Von einem großen Fiasko der Kolonialkonferenz sprachen die „Daily News“ und erklärten dasselbe für den schwersten Schlag, den der englische Imperialismus je erlitten hat. Chamberlains Niederlage wäre so groß, daß man gar nicht wage, die Verhandlungen zu veröffentlichen. Sämmtliche Minister der Kolonien hätten sich absolut geweigert, auf die militärischen Pläne einzugehen und einen freien Verband in eine militärische Maschine umzuwandeln. — Das klingt nun ganz anders, als die Darstellung, welche das „Kentische Bureau“ zu geben für gut fand. Aber wir setzen nicht an, die Auffassung der „Daily News“ über die „Erfolge“ der Kolonialkonferenz als die richtigere anzusehen.

Irlands Protest. Am Krönungstage waren die parlamentarischen Vertreter Irlands im Stadthaus zu Dublin versammelt, um gegen die englische Herrschaft zu protestiren. Die Reden von J. Redmond und J. Dillon fanden Ausbruch in der folgenden Resolution: „Da die herrschenden Klassen Englands die Krönung dazu benutzen, mit der Ein-

heit und Solidarität des Weltreiches zu prahlen, hatten es die parlamentarischen Vertreter von fünf Sechstel Irlands für ihre Pflicht, zu erklären, daß Irland, unzufrieden und feindselig, der Krönungsfeier seiner herzlosen Unterdrücker durchaus fern steht. Es kann keinen Antheil nehmen an den Freuden derjenigen, die unsere Verfassung und Legislation vernichtet, unsere Bevölkerung durch Hungersnoth dezimirt und Millionen unserer Brüder und Schwestern in die Fremde getrieben haben.“

Frankreich.

Vom Kulturkampfplatze. Im Ministerrathe theilte Donnerstag der Ministerpräsident Combes mit, daß die Widerstandsbewegung, die man zuerst lediglich als eine katholische hingestellt habe, jetzt ganz unzweifelhaft einen royalistischen Charakter trage. Die Bewegung habe bereits heftige Unruhen zur Folge gehabt, die unter das Strafgesetz fallen und gerichtliche Verfolgungen nach sich ziehen würden. In diesem Sinne seien denn auch dem Generalstaatsanwalt Weisungen von Seiten des Justizministers zugegangen. — In der Bretagne dauert der Widerstand der von den Pfaffen fanatisirten Bauern ungeschwächt fort. So sperren in Ploudaniel die Bauern die zur Schule der Nonnen führenden Wege mit Stachelbract ab und legen vor der Thür des Gebäudes einen tiefen Graben an, den sie mit Wasser füllen. Der Präfect ließ darauf sowohl in Ploudaniel, als auch in den benachbarten Ortschaften St. Meen und Folpoet das Gesetz vom 7. Juni 1848 über Zusammenrottungen anschlagen. In La Ravoire hat die Gräfin Costa de Beauregard nun bereits zum zweiten Male die vom Gerichtsvollzieher an die Ordensschulen angelegten Siegel abgerissen.

Vereinigte Staaten.

Die Gründung des amerikanischen Holztruffs mit einem Kapital von 1500 Millionen Dollars ist, wie man der „Frankf. Ztg.“ aus London dröhret, nahezu abgeschlossen. Der Truff soll nach dem Vorbilde des Stahltruffs alle Betriebe der Produktion der Sägewerke und Holzwaarenfabriken umschließen. Die Incorporation des Truffs soll in New-Jersey erfolgen.

Amerika.

In Venezuela geht alles drüber und drunter. Der amerikanische Gesandte in Caracas meldet unter dem 13. August: Die Lage in Caracas ist sehr kritisch. Die Plünderung von Barcelona dauert fort; viel werthvolles Eigenthum ist zerstört worden. Das amerikanische Kriegsschiff „Cincinnati“ ist in Barcelona eingetroffen. Der Befehlshaber des Kriegsschiffes „Cincinnati“ meldete nach Washington: Die Aufständischen in Barcelona setzten alle Mitglieder der Zivil- und Militärbehörden gefangen. 29 Geschäftshäuser, zumeist Ausländern gehörig, und 15 Wohnhäuser wurden geplündert.

Australien.

Frauentwahlrecht. Beide Kammern von Neu-Süd-Wales nahmen die Vorlage betr. das Wahlrecht der Frauen an. — In Preußen-Deutschland dagegen dürfen Frauen noch nicht einmal an politischen Versammlungen theilnehmen!

Süden und Nachbargebiete.

Freitag, den 15. August.

Achtung Maurer! Ueber den Arbeitsplatz von Carl Thiel u. Söhne ist die Sperre verhängt.

Die Lohnkommission.

In ihrem Sozialistenkoller haben sich die „Lübischen Anzeigen“ jetzt eine böse Blamage zugezogen. Aus einem Braunschweiger Blatte, das mit eben so wenig Geist und Witz redigirt zu werden scheint, wie die alte Bettel in der Königstraße, haben sie nämlich einen Artikel herausgehäbel, in dem mit der üblichen nationalliberalen Sauce einige „Sozialdemokratische Offenheiten“ servirt werden. Das Unglück will es nun aber, daß diese „Sozialdemokratischen Offenheiten“ gar keine Offenheiten von Sozialdemokraten sind, vielmehr den „Anweisungen für sozialdemokratische Redner“ entstammen, einem Pamphlete, das in dem berühmten Verlage „Volkswohl“ in Berlin erschienen ist. In diesem Pamphlete wird mit herzlich wenig Witz, aber recht großem Behagen versucht, die Sozialdemokratie und ihre Agitation lächerlich zu machen. Wie sich unsere Leser vielleicht noch erinnern werden, ist bereits vor Monaten ein hiesiger Zentrumsabgeordneter in seinem allzu groben Eifer, die Sozialdemokratie zu bekämpfen, auf dasselbe Pamphlet hineingefallen, was damals schallende Geisterkeit bei Freund und Feind erregte. Das jetzt trotzdem die „Lüb. Anz.“ in ihrem Kolliker nochmals darauf hineinwatichen, beweist eben, mit welcher polizeiwidrigen Stumpf sinnigkeit unser Amtsblatt redigirt wird. Uns kann es ja schließlich gleich bleiben, wenn in dieser Weise die Leser der „Lüb. Anz.“ sich nachführen lassen, um so größer werden natürlich zur Zeit der Reichstagswahlen die Ueberraschungen sein; denn es ist unaussprechlich, daß irgend ein nationalliberaler Heißsporn die Geselien seines Leibblattes für baare Münze nimmt, weil es zu den lieblichen Gepflogenheiten dieses unanständigsten aller lästlichen Blätter gehört, unterlaufene Zerthümer niemals zu berichtigen. Jeder Zusatz würde die Wirkung dieser Offenheiten beeinträchtigen, heißt es am Schluß des betr. Artikels in den „Lüb. Anz.“ Stimmt ganz auffällig! Die Blamage des Amtsblattes ist so riesengroß, daß jedes weitere Wort nur abschwächend wirken würde.

Ein Schmerzkind unseres Staates ist die vor sechs Jahren errichtete Baugewerkschule. Wie jemand, der anscheinend die Verhältnisse genau kennt, in den „Lüb. Blättern“, dem Organ der Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Thätigkeit, ausführt, erforderte die Schule bisher einen Staatszuschuß von 101223,20 Mark; für das Budgetjahr 1902 ist ein solcher von 30005 Mk. vorgesehen. Dabei wurde die Schule in den sechs Jahren ihres Bestehens von insgesamt nur 211 Schülern besucht, darunter 98 aus dem Lübeder Staatsgebiete. Nach einer einschlägigen Berechnung dürfte sich der Staatszuschuß für jeden Schüler im Sommer auf etwa 714 Mk., im Winter auf 186 Mk.

herausstellen; mithin würde also ein Schüler, der die Schule Sommer und Winter hindurch besucht, einen Zuschuß von je 900 Mark erfordern. Ein unverhältnismäßig hoher Zuschuß, der eine Folge davon ist, daß die Schülerzahl bedeutend hinter den Erwartungen zurückgeblieben ist. Da anzunehmen ist, daß sich in absehbarer Zeit diese Verhältnisse nicht bessern werden, so trägt man sich offenbar mit dem Plan, nach dem demnächstigen Fortgange des Direktors, der esfolgt, weil Bürgerlichkeit und Bürgerauschuss die geforderte Gehaltserhöhung abgelehnt haben, die Schule wieder eingehen zu lassen. Das ist allerdings höchst bedauerlich, in Anbetracht aller Verhältnisse und der Finanzlage des Staates aber doch wohl das Klügste, zumal ja auch an dergleichen Schulen in Deutschland gerade kein Mangel ist.

Neue Schiffswerft. Wie der „Gen.-Anz.“ erfahren haben will, soll die bekannte Schiffswerft von Blohm u. Voß in Hamburg beabsichtigen, in der Nähe von Dänischburg eine Schiffswerft in großem Stile zu errichten. Öffentlich hat man dem Blatte keinen Bären aufgebunden.

Ein Schadenfeuer, das leicht großen Umfang hätte annehmen können, brach Donnerstag Abend in der zwölften Stunde in der Tischlerwerkstätte von Pampelin, St. Annenstraße, aus. In den Holzabfällen fand das rasende Element reichliche Nahrung, so daß alsbald die Flammen aus allen Fenstern und Öffnungen züngelten. Der Feuerweh, die mit sämtlichen Mannschaften eintraf, gelang es jedoch nach etwa einstündiger angestrengter Arbeit das Feuer zu dämpfen, bevor es noch den Dachstuhl ergriffen hatte. Der Schaden ist ein ziemlich erheblicher; es verbrannte verschiedenes Handwerkszeug sowie zur Ablieferung bestimmte neue Mobilien. Die Entstehungsurache ist noch nicht ermittelt.

Noch ein Schadenfeuer. In einem an der kleinen Burgstraße belegenen Hause entstand gestern Abend gegen 7 1/2 Uhr in der im Keller befindlichen Töpfwerkstätte ein kleines Schadenfeuer, welches durch die herbeigekommene Feuerwehr bald gelöscht wurde. Der verursachte Schaden ist nur sehr gering. Die Entstehungsurache ist nicht bekannt.

Ein Unfall, der aber immerhin noch ziemlich glimpflich abgelaufen ist, trug sich Donnerstag Vormittag an der Untertrave in der Nähe der Altsenstraße zu. Dort stürzte das mit dem Putzen der Fenster der ersten Etage beschäftigte Dienstmädchen des Kaufmanns Minn auf das Straßengitter herab. Passanten trugen die Verunglückte in das Haus. Nach den Feststellungen der Ärzte sollen die Verletzungen glücklicherweise minder schwerer Natur sein.

Arbeiterisiko. In der Fabrik von Gwers u. Co., Waisenhoffstraße, verunglückte der Schlosser Reiche heute Vormittag dadurch, daß er sich an der Stanze vier Finger der rechten Hand in ganz erheblichem Maße verletzte.

Noch gut abgelaufen. Infolge Ausgleitens stürzte Mittwoch Abend bei der Hübbrücke von einem Fußgänger ein Mann der Befahrung in die Trave. Es gelang jedoch alsbald, den über Bord Gegangenen dem unfreiwilligen nassen Bade zu entreißen.

Wer niemals einen Kaufmann gehabt... Die Ehefrau eines Agenten aus Lübeck, die in Schwerin auf Besuch weilte, hatte sich nach der „Medl. Ztg.“ derartig im Trünke übernommen, daß sie nachts in der Bismarckstraße liegen blieb und hier von einem Wächter aufgefunden wurde.

Öffentliches Schlachthaus. Im Juli 1902 wurden geschlachtet: 24 Ochsen, 76 Bullen, 428 Kühe, 585 fette Kälber, 283 mästliche Kälber, 11 Sommer, 18 Ziegen, 1819 Schweine, 707 Schafe, 50 Pferde, zusammen 4001 Tiere, gegen 3677 im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Beobachtungen fanden statt: A. Bei lebenden Tieren: O. B. Bei geschlachteten Tieren: 1) Ungeeignet zur menschlichen Nahrung sind befunden, mit Beschlag belegt und vernichtet: 1 Kuh wegen eitriger jauchiger Lungen-, Brust- und Bauchfellentzündung, 1 fettes Kalb wegen Tuberkulose und Abzehrung, 1 mästliches Kalb wegen mangelhafter Ausblutung, 2 Schweine wegen jauchiger Bauchfellentzündung, 1 Schwein wegen Tuberkulose und Abzehrung, 1 Schwein wegen Gelbsucht, 1 Schaf wegen eitriger jauchiger Lungen-, Brust- und Bauchfellentzündung, ein Pferd wegen eitriger jauchiger Lungen-, Brust- und Bauchfellentzündung. Im Dampf-Desinfektor wurden gelöscht: 1 Hund und 20 Schweine wegen Tuberkulose. Bei den übrigen geschlachteten Tieren sind 637 einzelne erkrankte Organbeschädigungen und unabhätlich beilegt worden. 3307 Hg. Fleisch auswärts geschlachteter Tiere wurden im Schlachthaus untersucht. Im Monat Juli 1901 sind 1442 Kilogramm Fleisch untersucht worden.

pb Ermittelt und festgenommen wurde ein hiesiger Arbeiter, der in einer hiesigen Destillation thätig war und sich hier des Einbruchsdiebstahls dadurch schuldig machte, daß er mittelst eines Stemmleisens die im Boden befindlichen Kassen erbrach. Zu diesem Zwecke hatte er sich im Lager versteckt und sich einschließen lassen. Nachdem dann das Geschäft geschlossen und die Angestellten sich alle entfernt hatten, führte er den Diebstahl aus.

Die Wasserwärme der Badeanstalt des Krähentisches betrug Donnerstag 15 1/2 Grad Celsius.

Parteigenossen im Fürstentum! Seht die Wählerlisten ein. Nur wer in der Wählerliste verzeichnet steht, ist stimmberechtigt!

West-Ratekan. Achtung, Landtagswähler! Am 14., 15. und 16. August liegen die Wählerlisten zur Einsicht der Wähler beim Gemeindevorsteher Herrn Schunk in Timendorf aus. Die Listen müssen nachgesehen werden, ob jeder Wähler auch eingetragen ist.

Meine Chronik der Nachbargebiete. Eine in Malchin lebende hochbetagte Wittve hatte in diesen Tagen die seltene Freude, eine Ururenkelin zu bekommen. Die Wittve ist 90 Jahre alt, noch recht rüstig und hat an Abkömmlingen lebend 4 Kinder, 16 Kindesfinder, 16 Urenkel und Urenkelinnen, 1 Ururenkelin, im Ganzen 37 Sprößlinge. — In der Nacht auf Dienstag entstand in dem Dachhaus des Hauswirts Kramp in Duvenneß bei Schönberg ein Feuer, das, der „M. Ztg.“ zufolge, in kurzer Zeit das Gebäude einäscherte. Derselben Hauswirth wurde kürzlich ein schlimmer Streich gespielt, indem einem seiner Füllen auf der Weide von ruckloser Hand ein tiefer Schnitt auf der Keule beigebracht wurde. — Ueber einen Watermord wird aus Bremen berichtet: Der zwanzigjährige Sohn des in der Osterthorwallstraße wohnenden Schlossermeisters Kramer erschoss Donnerstag Vormittag seinen Vater mit einem Revolver. Die Motive der That sind noch unbekannt. — Bei einer Halsbrecherischen Produktion an einem etwa zehn Meter hohen Seil ist der Artist Bauer dieser Tage auf dem Marktplatz in Zeven (Hannover) verunglückt. Eine Schleife, mittels welcher der Künstler noch mit einem Fuße am Seile hing, hatte sich gelöst und in mächtigem Schwunge flog Bauer durch die Luft auf die Straße. Das Publikum war einen Augenblick nach diesem aufregenden Vorfalle wie vom Donner gerührt. Bauer konnte sich zwar noch selbst wieder erheben, mußte aber schwerverletzt weggebracht werden; eine ärztliche Untersuchung stellte fest, daß eine Schulter ausgekelt war, auch innere Verletzungen soll der Verunglückte davongetragen haben.

Hamburg. Alle Droschkenräder stehen still! Nach eingehender Debatte wurde Donnerstag Abend in einer von etwa 1200 Droschkenbesitzern und Rutschern befochtenen Versammlung folgende Resolution einstimmig angenommen: „Da sich die Polizeibehörde so ablehnend gegen unsere berechtigten Wünsche verhält und es den Anschein hat, die Angelegenheit möglichst zu verschleppen, um dadurch Uneinigkeit unter uns zu erzeugen, wird die sofortige Auserbetriebssetzung sämtlicher öffentlichen Fuhrwerks beschloffen, bis zwischen der Kommission und der Polizeibehörde die Droschkenordnung vereinbart ist, entsprechend der von der Kommission eingezeichneten Grundlage.“ Entsprechend diesem Beschlusse wurden dann sämtliche auf den Droschkenständen haltende Droschken nach Hause beordert. Auch sämtliche Fuhrwerksbesitzer traten energisch für den Streit ein, den sie als einzige Waffe zur Abwehr der von der Behörde erlassenen Droschkenordnung bezeichneten. — Zur Aussperrung im Baugewerbe kann das „H. Echo“ die erfreuliche Thatsache verzeichnen, daß die Mittwoch noch in Hamburg, Altona, Wandsbek und Wilhelmsburg vorhanden gewesen wenigen ausgesperrten Maurer sammt und sonders Arbeit erhalten haben. In diesen Orten giebt es keine ausgesperrten Maurer mehr. In Harburg meldeten sich Donnerstag noch 20 Maurer zur Kontrolle, davon 19 Verheirathete mit 15 Kindern; neun Mann sind zu den alten Bedingungen in Arbeit getreten. — In dem vielbesprochenen Prozeß der Mieter gegen Blohm u. Voß ist, dem „Hamb. Corr.“ zufolge, jetzt gegen das oberlandesgerichtliche Urtheil, das zu Gunsten der genannten Firma lautete, Revision beim Reichsgericht eingelegt worden. Die Sache wird jedoch in diesem Jahre nicht mehr zur Verhandlung kommen.

Hamburg. Zur „Primus“-Katastrophe. Die Nachricht, daß gegen den Spruch des Seemanns Revision beim Oberseeamt eingelegt ist, bestätigt sich nach dem „H. E.“ nicht. Die weiteren Schritte in der „Primus“-Katastrophe gehen jetzt lediglich von der Altonaer Staatsanwaltschaft aus; außerdem sind vor dem Zivilgericht die Ansprüche auf Schadenersatz geltend zu machen. Da das Seeamt gar keine Anträge gestellt hat, mithin auch keine Bestattung erfolgte, ist die Sache vor den Seemannen endgültig erledigt. Das Seeamt hat nach beendeter Verhandlung beiden Schiffsführern die Patente wieder ausgehändigt.

Kiel. Die Kieler Polizei ist, wie wir schon gestern kurz meldeten, in dem Prozeß gegen die hiesigen „Neuesten Nachrichten“ in Suchen der Polizeimißgriffe gegenüber zweier unschuldig als Dirnen festgenommenen Mädchen furchtbar hereingefallen. Die Beweisreue zeigte ein schlimmes Bild der Polizeithätigkeit. Eine Frau wurde über Nacht als odachlos in Haft gehalten, trotzdem sie selbst ihre Wohnung der Polizei genau angegeben hatte. Im andern Fall hatte die Polizei unter anderem mit Schaudern bemerkt, daß in einem Hause mehrfach bis spät in die Nacht hinein — Licht gebrannt habe, deswegen wurde ein dort wohnendes Mädchen inhaftirt und zwangweise ärztlich untersucht. Ein Polizist hatte darauf zwei Bekannten des Mädchens, die sich nach dem Sachverhalt erkundigten, erklärt, das Mädchen sei syphilitisch krank und habe alles eingestanden — eine völlig unwahre Behauptung. Das Mädchen hatte dringend gebeten, wenigstens einen Privatarzt zur Untersuchung hinzuzuziehen. Da wurde ihr aber auf der Wache erklärt, dafür sei kein Geld da. Von allen Seiten wurden vom Gericht die Mißgriffe der Polizei zugestanden; es erfolgte daher Freisprechung des Blattes. Uebrigens wird die Affaire wahrscheinlich noch ein Nachspiel haben. Der Polizeipräsident v. Buttamer ist nämlich von den Eltern des jungen Mädchens aufgefodert worden, die Beleidigungen, welche in dem f. Bl. von ihm, dem Polizeipräsidenten, der „Neuen Polit. Corresp.“ überhändten Dementi enthalten waren, zurück zu nehmen; andernfalls wird gegen ihn Klage erhoben werden.

Auch der Gatte der unberechtigt verhaftet gewesenen Frau wird nach dem Ausfall der Schöffengerichtsverhandlung nunmehr gegen den Polizeipräsidenten vorgehen.

Gartow a. Elbe. Ein Bürgermeister als Fälscher und Einbrecher. Ein seltener Kriminalfall hat sich hier zugetragen. Es mußte nämlich der Bürgermeister Könte wegen Urkundenfälschung und Einbruchs in Untersuchungshaft genommen werden. Unter dem Druck der beigebrachten Schuldbeweise hat er seine Strathaten bereits eingestanden. Der Sachverhalt ist folgender: Der inzwischen verstorbene Böttchermeister Honig hatte an den Bürgermeister Könte aus einer Brandentschädigungssache eine Forderung von 360 Mark und diese an seinen in Hamburg wohnhaften Schwiegerjohn zedirt, der, weil er kein Geld erhalten konnte, gegen K. klagbar wurde. Dieser behauptete nun, daß er die Angelegenheit mit Honig bereits geregelt hätte; Schriftstücke darüber müßten sich unter dessen Nachlasspapieren vorfinden. Es konnte aber nichts dergleichen entdeckt werden. In einer Januarnacht brang nun der Bürgermeister in die Wohnung des verstorbenen Böttchermeisters Honig ein und legte dort von seiner Hand gefälschte Schriftstücke nieder, die beweisen sollten, daß Honig von ihm die 360 Mark erhalten habe. Ein gewisser Verdacht gegen ihn wurde schon damals laut; später häufte sich das Beweismaterial derart, so daß der verbrecherische Bürgermeister schließlich seine That einräumen mußte.

Letzte Nachrichten.

Vom „Sommer“ 1902. In Westpreußen waren die letzten Nächte empfindlich kalt. In Berent war z. B. in einer Nacht die Temperatur derart gesunken, daß an weniger geschützten Stellen Frost zu bemerken war; Rappbächer zeigten in der Frühe eine Reifschicht. Bei Fald a wurden die bei der Heuernte beschäftigten Landleute sogar von einem Schneesturm überrascht. Auch aus allen Theilen der Schweiz werden neuerdings starke Schneefälle gemeldet. In der Nähe von Luzern reicht der Schnee bis in die Thäler. Aus Remiremont (französische Vogesen) wird gemeldet: Die Gipfel der umliegenden Berge sind mit Schnee bedeckt, und aus den meisten Ostschichten wird über heftiges Schneegestöber berichtet. Die Temperatur ist unter Null gesunken!

Girschberg (Schl.) Von einem Fohlen wurde die Frau des Stellenhüters Gottwald in der sog. Duschlätze zu Tode geschleift.

Selzig. Zwei Personen verschüttet. In Senftenberg wurden beim Abräumen von Thonmassen durch den plötzlichen Abbruch eines Thonblocks der Unternehmer Schuppen und sein zwölfjähriger Sohn getödtet und seine Ehefrau schwer verletzt.

Torgau. Mord. Im benachbarten Stritz wurde der polnische Arbeiter Lupinski durch 12 Dolchstiche tödtlich verwundet aufgefunden. Von dem Mörder ist jede Spur.

München-Gladbach. Unerwarteter Vergiftungsanzeichen sind hier nach gemeinsamen Kaffeetrinken 25 Männer erkrankt. Die Staatsanwaltschaft leitete die Untersuchung darüber ein, von welcher Seite dem Kaffee Gift zugesetzt worden ist.

Mühlheim a. Rh. Der Vergiftung durch Pilze sind bisher bereits 1203 drei Kinder erlegen; 7 Personen liegen noch krank.

Köln. Eine juchbare Katastrophe ist auf der Niedermalbahn durch die Gistefgegenwart eines Lokomotivführers verhindert worden. Es wird darüber berichtet: In ungemein großer Ansehung befanden sich Mittwoch etwa 75 Damen und Herren, die mittelst der Jahraubahn von Rübelsheim zum Nationalodendmal hinonstfahren wollten, als an einer besonders steilen und gefährlichen Stelle das Vordach des Zuges platzte, so daß der Kontredampf entwich und die besetzten Waggons mit großer Gewalt bergabwärts sausten. In einer Krümmung gelang es dem Lokomotivführer, den Zug zum Stehen zu bringen. Wäre dieses nicht gelungen, so würde der Zug den Abhang hinabgegliebt sein und sämtliche Passagen wären verloren gewesen. Ein Passagier, der absprang, erlitt tödtliche Verletzungen. Eine Anzahl Damen wurde ohnmächtig, die übrigen streßten entsetzliche Schreie aus. Nur durch die Klüftigkeit des Lokomotivführers ist großes Unglück verhindert worden.

Frankfurt a. M. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich Mittwoch Nachmittag in der Henrich Brauerei. Ein im Betriebe befindlicher Aufzug stürzte herab, wobei ein Arbeiter getödtet, ein anderer schwer verletzt wurde.

Strasbourg. Erchoßene! Ein Juchhäuser in Cassyheim wurde über das Dach des Juchhauses zu entpringen. Als die Wächter ihn bemerkten und festnehmen wollten, bombardirte er mit Ziegeln. Auf Befehl eines Wachtleitnants wurde er von einem Unteroffizier erschossen! — Gelten in Deutschland Menschenleben so wenig? Warum hat man nicht zuvor andere Hilfsmittel (zum Beispiel Sprig.) in Anwendung gebracht?

Stockholm. Die Schiedsrichtungs-Untersuchung hat ergeben, daß die Fälschung der drei Scheds, durch welche die Staatskasse geschädigt wurde, von dem im Juni verstorbenen Staatskassier Jönberg angeführt worden ist, welcher auch selbst die Auszahlung entgegengenommen hat.

Marselle. Schiffszusammenstoß! Infolge Bruchs des Saletopfels fand zwischen einem Schiffsdampfer und dem Passendampfer „Sally“ ein Zusammenstoß statt. Beide Fahrzeuge erlitten schwere Beschädigungen. Der Kapitän des im Schlepptrab befindlichen Dampfes ist ertrunken; die übrigen Mannschaften konnten gerettet werden.

Schaughat. Die Cholera, welche von Sibirien nach Korea verschleppt wurde, nimmt einen drohenden Umfang an und verbreitet sich allmählich über ganz Korea.

Briefkasten.

B. G. N. § 56, Abs. 2 der zur Zeit gültigen Gerichtsordnung besagt ausdrücklich: „Die Eintragung des Urtheiles über die Führung oder die Leistungen des Dienhabers und sonstige Eintragungen oder Bemerkungen in oder an dem Dienbüchlein sind unzulässig.“ — Nach den Bestimmungen mehrerer anderer deutscher Bundesstaaten sind dagegen dergleichen Eintragungen zulässig.

Zu sofort ein möbl. Parterre-Zimmer Reiserstraße 39 a.

Sogenannte Russische Seife
Pfd. 20 und 22 Pfg.
Joh. Nagel, Engelsgrube 51.

Pa. Tils. Fettkäse
Pfd. 40 Pfg., besser Vollfett 70 Pfg.
Holsteiner Käse Pfd. 20 und 25 Pfg.
J. Ahlf, Pfaffenstraße 15.

Pa. ger. Rollschinken 90 Pfg.
Schweinefleisch Pfd. 65 -
Rindfleisch - 50 -
Pa. Kalbfleisch - 50 -
Pa. Kopf u. Bein - 25 -
W. Strohsfeldt
Strohsfeldtstraße 73
Marthaenstraße Nr. 13 und 14.
Neue Heringe Std. 5 Pfg.
7 Std. 30 Pfg.
Saure Heringe 2 Std. 15 Pfg.
J. Ahlf, Pfaffenstraße 15.

Fahrräder und Nähmaschinen
reparirt gut und preiswerth
Fr. Busse
Königsstraße 93. Fernsprecher 1292.
Neue und gebrauchte Fahrräder und Nähmaschinen zu jedem Preis.
Judestraße 15a billigt.

Empfehle heute u. folg. Tage:
Prima Füllfleisch,
Suppenfleisch,
sowie Bratenstücke.
Johs. Fischer, Engelsgrube 52.

Pa. Tafel-Margarine
Pfd. 50, 60, 70, 80 Pfg.
J. Ahlf, Pfaffenstraße 15.
Pa. ger. Borderhinken
auf dem Lande geräuchert
im Ganzen per Pfd. 80 Pfg., einzelne Pfd. 90 Pfg.
M. Labrtz, Böttcherstr. 1291.
Empfehlungs-Karten
liefert prompt und sauber
Die Druckerei des Lab. Volksboten.

August Vietig's

Colonialwaaren-, Spirituosen-, Bier-, Kartoffel- und Feuerungs-Handlung
 ist seit über 13 Jahren als gute Bezugsquelle bekannt und kann daher sehr empfohlen werden, mithin zu berücksichtigen.
Geschäftsprinzip: „Grosser Umsatz — Kleiner Nutzen“, daher: Billigste Preise.
 Bitte Schaufenster zu beachten.

Wilh. Bartelt
 Lübeck
 11 Johannisstraße 11.
 Manufaktur,
 Herren- u. Knabengarderoben.
 Fortsetzung meines
Ausverkaufs
 zu
denkbar billigsten
Preisen.
 Schluss des Ausverkaufs
 Mittwoch den 20. August.

A. Berg
 Schuhwaaren-
 Lager
 3 Gr. Burgstr. 3
 Empfehle
 sämtl. Sorten
 Schuh - Waaren
 zu den
 äussersten billigsten
 Preisen



Herren-Sohlen mit Abj. Mt. 2.—
 Damen- " " " " 1.50
 Kinder- " " " " je nach
 Größe von 80 Pfg. an.
Nur Handarbeit!
Garantie für Haltbarkeit!

Lübeck **Heinr. Tesenitz** Lübeck
 Breitestraße 41.
Sommer-Ausverkauf
 mit
10 Prozent Rabatt.
 Weiße und helle Waschkstoffe, Blandrucks etc.
 Gestopfte Betten und Kissen
 in allen Größen und Preislagen.
 Bett- und Kissenbezüge in weiß und bunt.
 Bettlaken, Handtücher, Tischtücher, Servietten.
 Taschen-, Tassen-, Wisch- Staub- und Vortücher.
 Hemden, Hosen, Nachtjacken, Babywäsche.
 Normal-Unterzeuge, blaue Flanellhemden und -Hosen
 u. s. w. u. s. w.
 Bade-Artikel.

Carl Herm. Mich. Stave
 Weiter Strambuden 4.
Arbeits-Garderoben
 Schwarze und gelbe
Oelzeuge etc.
 Gute Qualität! Billige Preise!

Bahr & Umlandt
 31 Breitestraße 31
 Wir empfehlen besonders preiswerth:
Arbeits - Garderoben
 Männer-Hosen 2 60—5 80.
 Schloffer-Jacken 1 35—1 00.
 Schloffer-Hosen 1 25—5 00.
 Manchester-Hosen und Westen.
 Blaue u. gestr. Blusen 1 20
 Parabend-Hemden 95 Pfg. bis 2.00.
1 Posten Herren-Anzüge
 10.50, 15 00, 18 00, 21 00—35 00.
Hemdenflanelle
 in nur prima Qualitäten.
Bettfedern Pfd. 45, 60, 75, 1.00
 bis 1.00.
 Inletts Mr. 38, 50, 60, 75—3 40.
 Nähen der Inletts gratis
Bürgerlicher Mittagstisch
 von 12—1½ Uhr.
 Fischergrube 28.

Nur noch ganz kurze Zeit
 dauert mein diesjähriger
Räumungs- u. Reste-Ausverkauf.
Wilh. Markmann
 Breitestr. 40. Manufaktur- u. Modewaarengeschäft. Breitestr. 40.

Colonialwaaren
 von
Otto Burckhardt
 Bestergrube 24
sind die billigsten.
 Allerfeinstes Weizenmehl Pfd. 13 Pfg.,
 bei 5 Pfd. & 12 Pfg.
 II. Reismehl Pfd. nur 14 Pfg.
 Kartoffelmehl Pfd. 14 Pfg.
 Kartoffelgraben Pfd. nur 18 Pfg.
 II. gem. Zucker Pfd. 29 Pfg.
 Würfelzucker Pfd. 32 Pfg.
 Salz Pfd. 9 Pfg., Soda 3 Pfd. 10 Pfg.
 Sago Pfd. 20 Pfg., Brudergreis Pfd. 14 Pfg.
Gratis! Kochbücher gratis!
 menschenlich für jede Hausfrau
 Auf sämtl. Waaren Rabattmarken
Otto Burckhardt
 Bestergrube 24. Bestergrube 24.

Deutscher
Metallarbeiter-Verband.
 Kombinierte
Mitglieder-Versammlung
 am Sonnabend den 16. August
 Abends 8½ Uhr
 im Vereinshaus, Johannisstraße 50—52.
 Tages-Ordnung:
 1. Bericht vom 4. Gewerkschafts-Kongress.
 Referent: August Junge-Hamburg.
 2. Kartellbericht. 3. Fragelasten. 4. Verschiedenes.
 Um recht zahlreiches Erscheinen der Mitglieder ersucht
Die Ortsverwaltung.

Kredit
 in
 jeder Höhe
 erhält
Jedermann
 in dem
Waaren- und
Möbel-Kredit-Haus
S. Sachs
 Huxstrasse 41. Huxstrasse 41.

Socialdemokratischer Verein
 Am Sonntag den 17. August d. Js.
 zu Ehren des hier anwesenden Kieler Vereins
 „Arbeiterbund“
Grosses Sommer-Fest
 bestehend in
Konzert, Ball und Vorträgen
 im Vereinshaus, Johannisstraße 50—52.
 Anfang 4 Uhr. Ende 2 Uhr.
 Eintritt 50 Pfg., eine Dame frei.
 Die Mitglieder werden freundlichst ersucht, sich an dieser Festlichkeit recht zahl-
 reich zu beteiligen.
 Karten sind zu haben bei sämtlichen Distrikts- und Bezirksführern,
 sowie im Vereinshaus, Leeke, Lederstr. 3, C. Wittfoot, Gügstr. 16 und in der
 Expedition des „Lübecker Volkstote“
Das Comitee.

Die in guter Ausführung hergestellten
Bilder vom Gewerkschaftsfest
 während der Festrede in Straßdorf
 sind in Subskriptionsform erschienen und zum Preise von 50 Pfg. pro Stück zu beziehen durch die
Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.
 Johannisstraße 50.

Bericht

über die

parlamentarische Thätigkeit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

Fortsetzung.

Von diesem Gesichtspunkte aus hat unsere Fraktion stets gehandelt. Unsere Initiativ-Anträge sind der Ausdruck der vielen dringenden, aber bisher unerfüllt gebliebenen Forderungen des Volkes, speziell der Arbeiterklasse, und wenn wir, unter allen Fraktionen, die meisten Anträge gestellt haben, erscheint dies nur als ein neuer Beweis für den Stillstand der Gesetzgebung auf den wichtigsten Gebieten.

Da diese Tagung mit der Zollvorlage und anderen wichtigen Gesetzentwürfen bepackt war, deren vorläufige oder endgültige Erledigung den Reichstag stark in Anspruch nahm, sind die Initiativ-Anträge der Parteien, durch die Einschränkung der „Schwerinstage“, sehr schlecht weggekommen. Hierunter befinden sich auch die unserigen. Einzig unser Gesetzentwurf, betr. das Verbot der gewerblichen Beschäftigung schulpflichtiger Kinder unter 14 Jahren, könnte durch den Regierungsentwurf als bedingt erledigt betrachtet werden. Unerledigt ist hingegen der von uns eingebrachte Gesetzentwurf: Errichtung eines Reichs-Arbeitsamtes, von Arbeitsämtern, Arbeitskammern und Einigungsämtern; unser Antrag auf Vorlegung eines Gesetzentwurfs, betr. die Errichtung von Betriebs-Aufsichtsbehörden durch das Reich an Stelle der einzelstaatlichen Gewerbe-Aufsichtsbehörden; unser Antrag, betreffend Vorlegung eines Gesetzentwurfs, durch welchen die gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Arbeiterinnen abgeändert werden; unser Gesetzentwurf, betreffend die Abänderung des Strafgesetzbuches (Majestätsbeleidigung); unser Gesetzentwurf, betreffend Schutz der Reichstags-Mitglieder gegen Verhaftung während der Sitzungsperiode; unser Gesetzentwurf, betreffend Erweiterung des Rechtes der Versammlung, Vereinigung und Koalition; unser Antrag auf Vorlegung eines Gesetzentwurfs, betreffend die Feststellung eines zehnstündigen Maximal-Arbeitstages für alle im Gewerbe-, Industrie-, Handels- und Verkehrsweisen beschäftigten Personen, der innerhalb gesetzlich zu bestimmender Fristen auf acht Stunden zu kürzen ist; unser Gesetzentwurf, betreffend Erweiterung und Sicherung der Pressefreiheit; unser Antrag auf Vorlegung eines Gesetzentwurfs, betreffend die Neu-Abgrenzung der Reichstags-Wahlkreise entsprechend der Zunahme der Bevölkerung; unser Antrag auf Vorlegung eines Gesetzentwurfs, betreffend das Verbot der Fabrikation, Einfuhr, Ausfuhr und des Verkaufs von Zündhölzchen mit weißem Phosphor, und schließlich unser Gesetzentwurf, betreffend die Durchführung der Verantwortlichkeit des Reichskanzlers.

Auch bei der Berathung der Initiativanträge anderer Fraktionen hat sich unsere Fraktion mit Eifer betheiliget. Eine alte Forderung unserer Fraktion ist die Errichtung kaufmännischer Schiedsgerichte. Bei der jüngsten Revision des Gewerbegerichts-Gesetzes haben wir zuletzt den Versuch gemacht, den Handlungsgehilfen durch Ausdehnung der Gewerbegerichte auf die Streitigkeiten aus dem kaufmännischen Arbeitsvertrage ein Berufsgericht zu verschaffen. Wir sind damit an dem Widerstande der bürgerlichen Parteien gescheitert, die auch unseren jahrelangen Kampf um Schaffung kaufmännischer Gewerbegerichte durch ihren beharrlichen Widerstand zu einem vergeblichen gemacht haben. Ein Theil unserer Gegner ist aber, Angesichts der gegen-

wärtigen Rechtslage der Handlungsgehilfen, von der Nothwendigkeit überzeugt, ihnen ein billiges und beschleunigtes Recht nach Art der Gewerbegerichte zu geben. Sie sträubten sich gegen die Angliederung an letztere nur, weil sie fürchten, bei den Gewerbegerichts-Wahlen würden die Handlungsgehilfen gezwungen sein, mit den gewerblichen Arbeitern zusammenzugehen und hierbei unter den Gehilfen in steigendem Maße die Sozialdemokratie Eingang finden. Deshalb stellte der Nationalliberale Wassermann wohl den Antrag auf Vorlegung eines Gesetzentwurfs wegen Einführung besonderer Gerichte für Rechtsstreitigkeiten aus dem kaufmännischen „Dienstvertrag“, verlangte jedoch deren Angliederung an die Amtsgerichte. Wir erklärten zwar durch unseren Redner, daß für uns, nachdem die einfache Ausdehnung der Gewerbegerichte einmal abgelehnt war, die Frage der Angliederung der kaufmännischen Schiedsgerichte an Gewerbegerichte oder Amtsgerichte keine prinzipielle Bedeutung habe, sondern nur eine Frage der Praxis sei, daß wir jedoch die Angliederung an die Gewerbegerichte für praktischer hielten und sie deshalb verlangen würden. Auch das Centrum hatte bei früherer Gelegenheit die Angliederung an die Gewerbegerichte für praktischer erklärt. Der Antrag ward einer Kommission überwiesen, deren Vorsitzender nach parlamentarischer Brauche der Antragsteller, der nationalliberale Herr Wassermann, wurde. Die Regierung gab die Erklärung ab, daß ein Gesetzentwurf in Vorbereitung sei und dem Hause baldigst vorgelegt werden würde. Später wiederholte Staatssekretär Posadowsky diese Versicherung mit dem Hinzufügen, der Gesetzentwurf liege bei der Justiz und diese scheine gewillt, „die Sache aus einen breiteren Leisten zu schlagen.“ Kurz darauf erhob sich aus den Reihen der bürgerlichen Berufsjuristen lebhafter Widerspruch gegen die „weitere Ausdehnung der Berufsgerichte.“ Bald wurde „jeder Stand sein eigenes Gericht haben.“ Jedes weitere Berufsgericht bedeute „ein weiteres Eindringen des Laienelementes in die Rechtspflege“ und schließlich werde es dahin kommen, daß „die Wissenschaft überhaupt aufhöre, bei der Rechtspflege mitzuwirken.“ Diese, der Rechtsprechung durch das Volk und speziell der Mitwirkung der Arbeiter an der Rechtsprechung, die ihre eigenen Angelegenheiten betrifft, feindlichen Auslassungen haben auf die Regierung sofort Eindruck gemacht. Am 18. April äußerte bei der zweiten Berathung der Seemanns-Ordnung Staatssekretär Posadowsky, in vielen Kreisen habe sich das Widerstreben gegen die Tendenz, einzelne Standesgerichte von der allgemeinen Rechtsprechung abzuspalteln, immer mehr verstärkt. Man sehe in diesem Streben eine Gefahr für die allgemeine Rechtsprechung. Nach seiner, des Ministers, Ansicht wäre der geeignetste Weg, alle Ansprüche aus den Vertragsverhältnissen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, alle Lohnansprüche und was damit zusammenhänge, den Amtsgerichten zur Schlichtung und wesentlich billigeren Erledigung zu überweisen. Man könnte ein solches Verfahren für alle Lohnansprüche einführen mit Ausnahme derjenigen, die schon in den bestehenden Gewerbegerichten ihre Erledigung finden. Stelle man die ganze Frage auf diese breite Grundlage, so erreiche man mehr, als wenn man fortgesetzt neue Standesgerichte fordere. Unsere Redner stellten sofort fest, daß sich diese Ausführungen offenbar gegen die im Interesse der Handlungsgehilfen geforderten Schiedsgerichte richteten, im Weiteren aber nicht bloß eine Absage an diese, sondern eine Absage an jede weitere Ausdehnung der Gewerbegerichte überhaupt seien.

Seitdem ist es bei den Nationalliberalen von den kaufmännischen Schiedsgerichten recht still geworden und es verdient hervorgehoben zu werden, daß der nationalliberale Herr Wassermann die Schiedsgerichts-Kommission, deren Vorsitzender er ist, auch noch nicht zu einer einzigen Sitzung einberufen hat. Herr Wassermann wartet mit nationalliberaler Dauerhaftigkeit auf das Einbringen eines Regierungsgesetzentwurfs, anstatt die Kommission, entsprechend seiner ursprünglichen Initiative, einen Gesetzent-

wurf fertigstellen zu lassen und ihn dem Reichstage vorzulegen. Die zaudernde Regierung wäre damit vor eine vollendete Thatsache gestellt und müßte sich, so oder so, zu einem Schritte entschließen.

Bei der Berathung der Initiativanträge Niderst-Gröber auf Sicherung des Wahlheimlichkeits und Abänderung des Wahlgesezes haben wir sowohl auf Maßnahmen hingewirkt, welche die zahlreichen ungesetzlichen Beeinflussungen und Terrorisirungen der Wähler unmöglich machen sollen, als eine energische Kritik an den Praktiken der Wahlbeeinflussung selbst geübt. Unser Redner konnte krasse Beispiele der Beeinflussung der Wähler durch Beamte und Unternehmer aus den Akten der Wahlprüfungskommission anführen, die im Reichstage theils Heiterkeit, theils Entrüstung erregten. Nur die Junter verharren auf ihrem Standpunkt. Der Reichsparteiler von Tiedemann brachte eine Lange für die öffentliche Stimmabgabe und hatte allerlei Bedenken, „das geheime Wahlrecht noch geheimer zu machen.“ Der konservative Dr. Dertel sah gerade in der äußerlichen Verschwiegenheit der Stimmzettel — die größte Plage der Arbeiterwähler in kleineren Orten — die „eigentliche Wahrung des Wahlheimlichkeits.“

Die Anträge wurden schließlich gegen die Stimmen der Rechten angenommen. Der Kern dieses Gesetzes zur Abänderung des jetzt gültigen Wahlgesezes ist, daß in Farbe, Gewicht und Größe gleichmäßige Stimmzettel sowie amtlich abgestempelte Umschläge zur Konvertierung des Zettels durch den Wähler eingeführt werden. Ferner ist für das Wahltotal eine Vorrichtung vorzusehen, daß der Wähler, ohne beobachtet werden zu können, an einem Nebenische seinen Zettel konvertiren kann.

Wie bei früheren Berathungen, so auch jetzt wieder blieb die Bundesrathstribüne leer. Der Antrag ist also auch dieses Mal vergebens gestellt. Es würde dies sofort anders werden, wenn die Reichstagsmehrheit sich mit der nötigen Energie zur Wehre setzte. Aber sie bescheidet sich mit der Haltung der Regierung, und der Reichskanzler konnte bei einer anderen Gelegenheit dem Reichstage, der sich über die Ablehnung seiner Initiativanträge durch den Bundesrath beschwerte, den erbaulichen Trost mit auf den Weg geben: Je öfter der Reichstag seine Anträge stelle, desto reiflicher würden sie von dem Bundesrathe erwogen.

Ein Initiativantrag des Centrums betraf den Entwurf eines Reichsgesezes über die Freiheit der Religionsübung (Toleranzantrag). Dieser Antrag stammt noch aus der vorigen Tagung und entstammt den Klagen des Centrums über Beschränkungen der katholischen Religionsübung in Mecklenburg, Braunschweig, Sachsen und einigen anderen Bundesstaaten. Der Gesetzentwurf, der bereits in voriger Tagung eine Kommission beschäftigt hat, will innerhalb des Reichsgebietes volle Freiheit des religiösen Bekenntnisses, der religiösen Vereinigungen und der häuslichen und öffentlichen Religionsübung schaffen. Unsere Redner unterließen nicht, auf die scheinheilige Heuchelei hinzuweisen, deren sich alle bürgerlichen Parteien in der Debatte schuldig machten. Toleranz verlangten sie los für sich; die Nicht-Kirchengläubigen sowie die Atheisten verfolgen sie, ob sie nun Lutheraner, Katholiken oder Juden seien, mit der gleichen Induldsamkeit. Verlangten wir die absolute Freiheit der religiösen Meinung als etwas Selbstverständliches, so forderten wir aber auch gleichzeitig die Trennung der Kirche vom Staat und die Freiheit der Meinung auch für die Dissidenten. Statt dessen brachten in der zweiten Lesung Centrum und Junter einen Zusatzantrag ein, wonach die allgemeinen landespolizeilichen Bestimmungen über Vereins- und Versammlungswesen von dem Gesetze unberührt bleiben. Dieser Zusatz wurde auch gegen unsere Stimmen angenommen. Eine nette „Toleranz“, die für die anerkannten Religionsgemeinschaften die größte Bewegungsfreiheit schaffen will, diejenigen aber, die ihre Lehren bekämpfen, der Polizeijur überantwortet. Wir versuchten auch, in das

Der Socinianer.

Eine Kriminalgeschichte aus Lübeck, die vor zweihundert Jahren passirt ist.

(11. Fortsetzung.)

Kaum graute der Morgen, so schritt der Superintendent Petersen, der kein Auge geschlossen hatte, langsam und kummervoll durch die öden Straßen der Stadt auf das Gefängniß zu. Der Schließer öffnete und fragte den Geistlichen leise: „Ist der Gefangene begnadigt worden, Herr Superintendent?“

Petersen schüttelte traurig das Haupt. „Mit diesem Leben hat der unglückliche junge Mann abgeschlossen. Es ist nicht die geringste Hoffnung mehr vorhanden, denn das hiesige Ministerium fordert die Vollstreckung des Todesurtheils und tritt dem Rathe drohend entgegen. Die Mehrheit des Rathes hat beschlossen, keine Gnade walten, sondern dem Rechte seinen Lauf zu lassen. Wie geht es dem armen Menschen jetzt?“

„Er lebt in der festen Zuversicht, daß er begnadigt wird und hat schon nach Ihnen gefragt.“

„Möge der barmherzige Gott ihm Kraft geben, diesen fürchterlichen Schlag zu ertragen! Kann ich ihn schon sprechen? Aber allein!“ setzte Petersen hinzu. „Ich möchte nicht, daß seine Mutter gegenwärtig wäre, wenn ich ihm die schreckliche Botschaft eröffne.“

„Frau Günther ist noch nicht wach“, erwiderte der Schließer. „Sie hat die Nacht in meiner Kammer zugebracht, denn sie war nicht zu bewegen, fortzugehen.“ Lange nach Mitternacht oder eigentlich kurz vor dem Morgengrauen ist sie still geworden und in diesem Augenblicke scheint sie noch zu schlafen.“

„Um so besser“, erwiderte Petersen und trat in die Halle ein.

Kaum erblickte ihn der junge Günther, so richtete er sich

mit halbem Leibe auf und fragte ohne Morgenruth: „Wie geht's Herr Superintendent? Ist meine Begnadigung erfolgt? Das hat aber auch lange gedauert! Die Herren wissen wohl nicht, wie einem zum Tode Verurtheilten zu Muth ist. Nun aber ist ja, Gott sei Dank, alle Angst vorbei.“

„Das gebe der allmächtige Gott im Himmel!“ sagte Petersen feierlich.

Der Gefangene wurde stutzig, er hat: „Möchten Sie mir wohl den Gnadenbrief zustellen?“

„Gern, wenn ich denselben empfangen hätte. Aber so gemiß ich darauf gehofft hatte, es ist mir keiner eingehändigt worden.“

„Vielleicht hat der Schließer ihn empfangen.“

„Du irrst Dich, mein Sohn, weder er noch ich haben ein Schreiben erhalten, und wir werden keins erhalten.“

Günther schnellte empor und sah den Superintendenten voll unbeschreiblicher Angst an. Er rief: „Das ist doch unerhört. Wie kann man mich so lange quälen! Ich habe nun von Stunde zu Stunde gehofft, und ich kann mich nicht täuschen. Man wird mir den Begnadigungsbrief noch heute Morgen zuschicken.“

„Nein, Günther, ein solcher Brief wird nicht kommen.“

„Barmherziger Gott, sie werden doch nicht so grausam sein und mich in der letzten Minute begnadigen?“

„Nein, so grausam werden sie nicht sein.“

„Nun, weshalb läßt man mich denn so lange in dieser tödtlichen Ungewißheit? Ich bin ja doch unschuldig.“

„Wollte Gott, daß meine Amtsbrüder, daß die Herren vom Rathe dies ebenfalls glaubten!“

Der junge Mann ging einen Schritt auf den Geistlichen zu; endlich kam ihm zum Bewußtsein, wie die Sache stand. Sein Gesicht wurde erdfahl, Schweißtropfen traten ihm auf die Stirn, er athmete schnell und kurz, krampfhaft faßte er den Arm des Superintendenten und rief die Worte

heraus: „Was soll das heißen? Sagen Sie mir die Wahrheit!“

„Gottes Gnade sei mit Dir!“ antwortete Petersen leise. „Du wirst nicht begnadigt werden, Du mußt Dich vorbereiten, daß Du vor Deinen ewigen Richter treten kannst.“

Günther taumelte zurück und schrie laut: „Ach, meine Braut! Ach, meine Mutter!“

Der Seelsorger faltete die Hände zum Gebet und sah voll Wehmuth auf den Jüngling, der weinend und schluchzend, ein Bild der Verzweiflung, hin- und herging in dem Kerker. Endlich blieb er stehen und frug mit kaum vernehmbarem Stimm:

„Weiß meine Mutter, weiß meine Braut es schon?“

Petersen antwortete: „Nein!“

„O, sie werden es nicht ertragen!“ rief Günther. „Sie werden meinen Richtern fluchen!“

„Das wird Deine Braut nicht thun, mein Sohn“, erwiderte Petersen. „Sie ist ein sanftes, weiches Mädchen. Sie wird viele Thränen vergießen, aber sie wird nicht murren wider Gott, sondern sich in seinen Willen ergeben, und der barmherzige Gott wird ihr Kraft verleihen und Trost, daß sie nicht zusammenbricht unter der Last ihres Kummer. Du aber, mein Sohn, richte den Blick nun nach oben, wir wollen zusammen beten.“

„Aber meine Mutter! Sie wird den Schlag niemals verwinden, denn sie liebt mich grenzenlos. Sie wird wahnsinnig werden.“ nahm der Gefangene das Wort.

Der Geistliche hatte denselben Gedanken, er entgegnete: „Der Allmächtige wird Deiner Mutter Gefinnungen des Friedens in das Herz senden und ich werde ihr mit Trost und Rath zur Seite stehen. Du aber, mein Sohn, denke jetzt an Deinen nahen Tod. Sei ein Mann und wende Dich jetzt ab von allen irdischen Dingen!“

Der Jüngling schwieg eine geraume Zeit, dann brach er von Neuem leidenschaftlich los: „Es ist doch entsetzlich grau-

Gesetz eine Bestimmung über den Fortfall des Religionsunterrichts als Unterrichtsgegenstand in den Schulen hineinzu bringen. Die „Toleranz“ der bürgerlichen Parteien läßt aber solchen Schritt nicht zu. Mit großer Entrüstung wandten sie sich Alle gegen diesen Antrag. Selbst Herr Richter ließ dabei Arm in Arm mit dem konservativen Dertel und ließ sogar einen Antrag des freisinnigen Schrader im Stich, welcher bestimmte, daß ein Kind nicht gegen den Willen der Eltern zu irgend einem Religionsunterrichte herangezogen werden dürfe. Er that dies, „um das Gesetz nicht zu gefährden“.

Jedenfalls enthält der Gesetzentwurf doch Verbesserungen gegen den bisherigen Zustand. Wir versagten ihm deshalb unsere Zustimmung nicht, während die Nationalliberalen, der größte Theil der Konservativen und die Reichspartei dagegen stimmten. Er wurde mit 163 gegen 60 Stimmen angenommen.

Auch die lex Mintelen beschäftigte den Reichstag wieder. Die Mitglieder der Kommission zur Beratung der bekannten Gesetzentwürfe Mintelen, Lenzmann, Mundel, betreffend Änderungen und Ergänzungen des Gerichtsverfassungsgesetzes, der Strafprozessordnung, der Zivilprozessordnung und des Strafgesetzbuchs, beantragten eine Resolution, welche der Reichstag einstimmig annahm und wonach die sogenannte lex Mintelen für erloschen erklärt, die Regierung aber ersucht wurde, baldmöglichst einen Gesetzentwurf vorzulegen, in dem die Wiedereinführung der Berufung in Strafsachen enthalten ist. Der Staatssekretär im Reichsjustizamt gab dazu eine Erklärung ab, die weder Fisch noch Fleisch war. Er wird nach besten Kräften für die Weiterführung der Sache sorgen, aber eine Anzahl Regierung ist gegen die Wiedereinführung der Berufung. Ob daher die Regelung sich schleunigst vollzieht, läßt sich nicht bestimmen erklären.

Ein auch von unserer Fraktion unterstützter Antrag des Reichsparteilers Arendt und Genossen: Nachtragsetz zum Reichs-Haushaltsetz 1902, betreffend Auszahlung der bewilligten Beihilfen an Kriegstheilnehmer, ist unter „Interpellationen“ behandelt. (Schluß folgt.)

Soziales und Parteileben.

Streiks und Lohnbewegungen. Die Ausichten der freilebenden Maurer in Köln wurden in einer Versammlung, als sehr günstig bezeichnet. Man rechnet mit einem Siege auf der ganzen Linie. Ueber 400 Maurer arbeiten bereits zu den neuen Bedingungen, und noch immer nimmt die Zahl der Arbeitgeber, welche die Forderungen bewilligen, zu. Nach den neuen Bestimmungen war für die Maurer, die in Kanalbauten arbeiten, ein Mindestlohn von 65 Pfg. festgesetzt. Die hauptsächlich in Betracht kommenden Unternehmer haben jedoch erklärt, nur 60 Pfg. Stundenlohn bei 10stündiger Arbeitszeit bewilligen zu können, da bei der Kalkulation mit diesem Arbeitslohn nicht gerechnet worden sei. Die Versammlung beschloß darauf, die Forderung für die in Kanalbauten beschäftigten Maurer von 65 auf 60 Pfg. pro Stunde herabzusetzen. Die Bauhilfsarbeiter wollen ebenfalls in eine Lohnbewegung eintreten; sie fordern 40 Pfg. Stundenlohn bei 10stündiger Arbeitszeit. — In der Tischlerei von Menzel in Dresden haben die Bauhilfsarbeiter wegen Lohnabzug die Arbeit niedergelegt.

Der Beschluß gegen die Affordarbeit seiner Mitglieder hat auch der Zweigverein des Zentralverbandes der Maurer zu Erfurt nach dem Vorbilde in Hamburg aufgehoben. Bisher wurde dort jedes Mitglied, von dem Affordarbeit festgesetzt wurde, auf zwei Jahre aus dem Verbandsausgelschlossen. Jetzt, hauptsächlich wohl durch die Furcht vor der Arbeitslosigkeit in der Krise, haben sich aber so zahlreiche Mitglieder — sogar in Kolonnen — zur Affordarbeit hergegeben, daß es faktisch notwendig gehandelt war, vorläufig den angegebenen Beschluß aufzugeben.

„Der Arzt stellte den Tod durch Verhungern fest.“ Witten in einem Brief von gleichgültigen Nachrichten fand die „Sächs. Arb.-Ztg.“ im „Vogl. Anzeiger“ folgende lakonische Notiz: „Die Frau Rebell aus Panitzsch, die in der vorigen Woche von dort verschwunden war, ist bei Allersdorf in einem Kornacker todt aufgefunden worden. Der Arzt stellte Tod durch Verhungern fest.“ — Ein Bild aus der „herrlichsten aller Welten“!

„Ich bin aber unglücklich!“ rief der Secundante wieder. „Ich bin mir keines Bedauerns bewußt, am allerwenigsten einer Selbstkürzung, wegen deren man mich verurtheilt hat. Wie kann man mich zum Tode verurtheilen für etwas, was ich nicht gethan habe?“

„Gerade das Bedauern Deiner Unthat wird Dir das Sterben leicht machen! Die Todesangst, welche der Verurtheilte empfindet, wird Dir erspart bleiben, weil Du unglücklich bist. Du kannst mit ruhigen Gemüthe Dich Deinem Gode in die Arme werfen und getroßt in die Ewigkeit gehen.“

Als Delegirte zum Parteitag in München wurden für den 12. sächsischen Wahlkreis gewählt: Dr. Franz Mehring-Berlin, Motteler und Deher-Leipzig, für den 13. Kreis: Pöschel-Connewitz, Fischer-Gohlis und Frau Behrman-Lindenau.

Die Konferenz der Sozialdemokraten Oberschlesiens, welche Sonntag abgehalten wurde, war mit mancherlei Schwierigkeiten verknüpft. Die Konferenz war ursprünglich nach Auesstadt einberufen. Die Delegirten ließen sich, um der Polizei keine Handhabe zur Auflösung zu geben, als Mitglieder in den Neustädter sozialdemokratischen Wahlverein aufnehmen und entrichteten ihr Eintrittsgeld. Als dann aber die Vereinsversammlung eröffnet wurde, erklärte trotzdem der Polizeibeamte die Delegirten für Nichtmitglieder, weil sie noch nicht polizeilich angemeldet seien, und löste die Versammlung auf. Nachdem sich die Polizei entfernt hatte, marschirten die Delegirten in unauffälliger Weise über die österreichische Grenze, wo nach zwei Stunden die Verhandlungen im Gasthof des Grenzorts Bahdorf wieder aufgenommen wurden. Den Geschäftsbericht erstattete Genosse Dr. Winter. Sämmtliche Redner der deutschen Sozialdemokratie traten für eine Verständigung mit den polnischen Sozialdemokraten ein und ersuchten um Zurücknahme der Beschlüsse von Oswiecim, wo eine Konferenz polnischer Sozialdemokraten bekanntlich vor einigen Wochen selbständige Kandidaten für die ober-schlesischen Wahlkreise aufgestellt hatte. Wienicki-Kiewicz-Berlin erklärte, die Polen würden an ihren in Oswiecim gefaßten Beschlüssen unbedingt festhalten. Eine Einigung sei nur möglich, wenn die Deutschen sich ihnen anschließen würden. Hierauf erfolgte eine Diskussion in solcher Leidenschaftlichkeit, daß wiederholt beleidigende Worte fielen. Die Polen warfen besonders Dr. Winter vor, daß er die „Germanisation“ Oberschlesiens betriebe, und fügten höhnend hinzu, er hätte Vorsitzender der polnischen Ansiedlungskommission werden sollen. Andererseits mußten die Polen hören, daß die Wiederherstellung Polens nichts mit den sozialdemokratischen Bestrebungen zu thun habe. Mit 18 gegen 4 Stimmen wurde schließlich eine Resolution angenommen, welche die Beschlüsse der polnischen Konferenz in Oswiecim in Bezug auf die Kandidatenfrage verwirft. Die Polen verließen alsdann den Saal und die Zurückgebliebenen stellten nun ihrerseits besondere, nicht national-polnische Kandidaten für die ober-schlesischen Wahlkreise auf. Mit der Vertretung Oberschlesiens auf dem Münchener Parteitag wurde Genosse Winter beauftragt. Er hat auf Beschluß der Konferenz dem Parteitag folgende Resolution zur Annahme vorzuschlagen: „Der Bezirksparteitag der Sozialdemokratie Oberschlesiens beglückwünscht das russische Proletariat zu seinem schweren Kampfe gegen Selbstherrschthum und wirtschaftliche Ausbeutung und sendet brüderliche Grüße. Gleichzeitig giebt der Parteitag seiner lebhaftesten Entrüstung über die Dienste Ausdruck, die den russischen Schergen von ober-schlesischen Polizeiorganen geleistet werden und verlangt von der deutschen Reichsregierung, daß sie diesem, eines Kulturstaates unwürdigen, Zustande schleunigst ein Ende bereite.“

Aus Nah und Fern.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Wegen Majestätsbeleidigung wurde der Maler Ferdinand Gelpke von der Ersten Ferienstrafkammer in Braunschweig zu vier Monaten Gefängniß verurtheilt. Er hatte eines Tages einem Polizeibeamten gegenüber abfällige Aeußerungen über die Person des Kaisers gemacht.

Was bei hohen Militärs unangenehm überrascht. Ueber den auch von uns vor Kurzem berichteten Vorfall auf dem Thorer Artillerieschießplatz, wo infolge Zielwechsels die Geschosse das Dorf Stewken bedrohten, schreibt die „Eibinger Ztg.“: „Jüngst haben sich eine Anzahl Granaten vom Thorer Artillerieschießplatz nach dem Dorfe Stewken verirrt. Sieben Geschosse fielen mitten in den Ort, ohne aber Schaden anzurichten. Einige krepirten nicht, und von den anderen wurden die Leute, die sich in der Nähe befanden, nur mit Sand überschüttet, weil sie sich rasch zu Boden warfen. Die Meldung von diesem Vorgang hat bei dem Kommando des Schießplatzes und bei den höchsten Stellen in unserer Artillerie

In dieser Weise suchte Peterjen den Gefangenen zu beruhigen. Er redete liebevoll und väterlich zu ihm, bis der junge Mann endlich gefasster wurde. Dann sagte er zu ihm:

„Es steht uns Schweres bevor. Ich will Deine Mutter rufen, damit Du Abschied nimmst. Wirst Du in ihrer Gegenwart nicht wieder schwach werden?“

„Mit Gottes Hilfe werde ich stark bleiben!“ gelobte Günther.

Peterjen entfernte sich. Die Wittwe stand, einer Bildsäule gleich, mitten in der Kammer, als der Seeliger eintrat. Sie sah ihn scharf an und wagte sofort, wie die Entscheidung ausgefallen war. Ihr Blick war irr, sie griff mehrmals in die Luft, als wenn sie Jemand suchen wollte.

„Euer Sohn erwartet Euch, Frau Günther,“ redete Peterjen sie an. „Ich bitte Euch herzlich, regt ihn nicht von Neuem auf. Er hat sich nach hartem Kampfe in sein Gehirne ergeben. Bermeidet Alles, was ihm seine kaum gewonnene Fassung wieder rauben könnte. Folgt mir, gute Frau!“

Beide gingen zum Gefängniß. „Mutter! Mutter! Seye ich Dich doch noch einmal wieder!“ begrüßte sie der Jüngling. „Aber Anna!“ sezte er dumpf hinzu, und zwei große Thränen rollten über seine bleichen Wangen. „Ich muß sie sehen! Sie muß mir noch angetraut werden, damit sie nicht hier in Schanden lebt!“

Die Mutter schüttelte heftig mit dem Kopfe. „Nein, Peter, das soll sie nicht. Es ist besser so, als wenn sie die Wittwe eines Geächteten ist. Jetzt, mein Sohn, vertraue mir, was Dir noch auf dem Herzen liegt. Ich werde Alles erfüllen, was Du mir anträgt, und wenn es auch noch so schwerlich ist, ja selbst wenn ein Noth damit verbunden wäre! Sprich offen und frei, mein Kind! Du kennst Deine Mutter!“

(Schluß folgt.)

Ueberraschung erregt.“ Das ist erklärlich, sagt hierzu unser Königsberger Organ. Auch andere Leute dürften überrascht sein, wenn mitten im Frieden nicht weniger als sieben Granaten in ein Dorf hineingefegelt kommen. Und es erscheint sehr angebracht, nach dem Verantwortlichen zu forschen, dessen Nachlässigkeit eine derartige Gefährdung von Menschenleben verursacht hat. Wenn ein Straßenbahnführer mal zu spät bremst und einen leeren Wagen ansfährt, kommt er vor Gericht, auch wenn nichts passiert ist. Was soll nun dem geschehen, der mit Granaten auf ein friedliches Dorf feuern läßt? Also wie gesagt, die Ueberraschung der „höchsten Stellen“ ist sehr erklärlich. Aber weit gefehlt. Darum waren sie nicht überrascht, sondern aus ganz anderer Ursache. Weiter heißt es nämlich in dem Bericht der „Eibinger Zeitung“: „Wenn sieben Granaten mitten in ein Dorf fallen und dabei auch nicht ein einziger Mensch zerschmettert oder wenigstens zum Krüppel geschossen wird, was können da die Geschosse taugen? Eine Kommission ist jetzt damit beschäftigt, Vorschläge für eine bessere Konstruktion, Füllung und Bündung unserer Granaten auszuarbeiten. — Allerdings soll auch darauf Bedacht genommen werden, daß die Granaten fortan nicht verwirren können.“ — Uha — hm, hm. — So, so. Wenn also „wenigstens“ (dieses „wenigstens“ ist unbezahlbar!) ein Mensch zum Krüppel geschossen wäre, dann wäre alles in schönster Ordnung und keine „höchste Stelle“ wäre überrascht gewesen. Hoffentlich verbessert die Kommission die Granaten in dem Maße, daß sie bei einer wiederholten „Beschädigung“ der dem Schießplatz benachbarten Dörfer den gewünschten Schaden anrichten und den Bewohnern zeigen, daß wir in einem Kulturstaat leben, wo alle Maßnahmen zc. nur „zum Besten“ seiner Bürger getroffen werden.

Ein entsetzlicher Vorgang hat sich in einem Dorfe in Hinterpommern zugetragen. Ein 74jähriger Kuhfütterer Namens Dallmann hatte die 15jährige Stieftochter des Arbeiters Schwirring in Roggow bei Raugardt vergewaltigt. Als Sch. dem Wüstling mit Anzeige drohte, fiel dieser über den Stiefvater her und tödtete ihn mit mehreren Messerstichen. Der Thäter ist verhaftet worden. — Wieder ein ländliches Sittenbild!

Schutz gegen Schulkente. Die Strafkammer in Pafel verurtheilte den Schumann Chislaw Polzin wegen Mißhandlung eines Arrestanten zu einem Monat Gefängniß. — Die Strafkammer in Bochum erkannte gegen den Polizeiergeanten Burgsmüller aus Wattencheid wegen schwerer Körperverletzung im Amte auf sechs Monate Gefängniß. Burgsmüller, ein Hüne an Körperkraft, hatte den schwächlichen Berginvaliden Reichel derartig verprügelt, daß es auffallend erscheint, wie Reichel noch mit dem Leben davongekommen ist. Wegen eines ähnlichen Vergehens ist B. übrigens erst im Januar d. Js. zu 150 Mk. Selbststrafe belegt worden.

Ueber Wohlthätigkeit hat die Magdeburgische Polizeibehörde ihre eigenen Auffassungen. Der Arbeiter-Sängerbund für Magdeburg und Umgegend wollte für die Hinterbliebenen der auf dem „Primus“ Verunglückten ein Wohlthätigkeitskonzert veranstalten und ersuchte dafür um Erlaß der dort bestehenden Luftbarkeitssteuer. Darauf erging folgender Bescheid:

Der Magistrat Steuer-Deputation. Magdeburg, den 7. August 1902. Zum Schreiben vom 5. d. M.

Erlaß der Luftbarkeitssteuer für die Luftbarkeiten am 10. d. M. kann nicht gemäht werden, da die Veranstaltung nicht zu den im § 4 Nr. 1 der Luftbarkeits Steuer-Ordnung bedingten „wohlthätigen oder gemeinnützigen“ Veranstaltungen gehört.

An den Vorstand des Arbeiter-Sängerbundes für Magdeburg und Umgegend, hier:

Das Fest war glänzend besucht und hat einen beträchtlichen Ueberschuß zu Gunsten der Hinterbliebenen ergeben, durch die Luftbarkeitssteuer ist dieser Betrag aber doch um etwa 50 Mk. geschmälert worden. Die Magdeburgische Polizeiverwaltung geht offenbar nach dem Ruhme einer besonderen Humanität. „Magdeburgische Humanität“ wird man diese Spezialität nennen können.

Ein heftiger Zwischenfall ereignete sich jüngst auf der Kleinbahn zwischen Prone a. Br. und Dplawitz. Mitten auf der Strecke war unversehens ein Schwein aus dem Viehwagen gesprungen und trottelte nun wohlgemuth mit freudigem Grunzen dem nahen Walde zu. Auf Veranlassung des Besitzers und Transporteurs des flüchtigen Vorkenthieres wurde der Zug zum Stehen gebracht, und Zugpersonal sowie einige Passagiere machten Jagd auf den Flüchtling. Dieser wurde auch nach einiger Zeit eingeholt, und unter dem Gaudium sämmtlicher Fahrgäste, die dem Verlauf der ungewöhnlichen Jagd mit sichtlichem Interesse gefolgt waren, wurde das freilebende Schwein als Gefangener wieder zurückgebracht. Alsdann setzte sich der Zug wieder in Bewegung.

Militärische Gerechtigkeit. Vor dem Kriegsgericht der 3. bayerischen Division in Landau (Pfalz) hatte sich der 24 Jahre alte Leutnant B. Richter von der 1. Eskadron des 3. Chev.-Regts, in Dieuze, wegen Verleibung, Mißbrauch der Dienstgewalt und Mißhandlung von Untergebenen zu verantworten. Leutnant Richter ließ sich bethegen, den Chevauleger Gg. Schmitt, der den Leutnant gebeten hatte, während des Lanzenfahrens austreten zu dürfen, mit dem Namen „Verbreyer“ zu belegen. Später versezte Leutnant Richter dem Manne mit dem Säbel einige Stöße auf das Gesicht. Den Chevauleger Ph. Wagner, den er beim Nachgeräten tadelte, titulirte Leutnant Richter mit „Zuchthausbesen“, „Stromer“ und „Sagabund“. Der Angeklagte will Schmitt die Stöße mit dem Säbel nicht absichtlich versezt haben, er bestreitet auch ihn einen Verbrecher genannt zu haben. Für überführbar erklärt, erhielt der Herr Leutnant ganze zwölf Tage Stubenarrest. Beanttragt waren 18 Tage Stubenarrest. — Und das nennt sich „gerechte Sühne“. Wie viele Jahre Zuchthaus hätten wohl die „ungebildeten“, „Verbreyer“ und „Zuchthausbesen“ im umgekehrten Falle erhalten?

Strenschanz-Bismarck. Hamburg, 14. August

Der Schwerehandel verliert gut. Registrator wachet 1140 Stüd, davon vom Norden — vom Süden — 611. Preise: Senfgrüne — 22. Verlangdmeten: Knoch 63—65 Mk., leichte 64—65 Mk., Samen 51—56 Mk. und Ferkel 60—62 Mk. pr. 100 Pfd.